14. September 1995

Nr. 343

Gewaltfrei oder militant - wichtig ist der WIDERSTAND

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

nhalt:

03 Wendland
04 B.J. Ramos
05 Frauen/Lesbenwoche
06 -raum
08 Feminismus & Postmoderne
12 patriarchaler "Normalzustand"
16 gegen Kriminalisierung
18 zur Anti-Repressions-VV
20 VietnamesInnen
22 AntiRa-Demo Kassel
23 Zapfenstreich Emden
24 zum "Tag der Heimat"
26 Kongreß zum Sozialabbau
28 Kreutziger/Hetendorf
29 Termine



„Nationalität: Deutsch" für Hähnchen verboten

OLDENBURG (dpa). „Übertrieben Deutsch" darf für deutsche Hähnchen nicht geworben werden. Mit diesem Urteil stoppte das Landgericht Oldenburg eine Wiesenhof-Werbekampagne, die mit Beschriftungen wie „Nationalität: Deutsch" nach Ansicht des Gerichts gegen die EU-Etikettierungs-Vorschriften verstoße. Diese untersagen eine Herabsetzung ausländischer Produkte (Az.: 5 S 1327/95).

Ordner:
fundierte Kritik an Anti-Deutschen
Antirepression (Lübeck)
Nationale Propaganda
Aktion in Büren
Wir wählen den Widerstand
soziale Lage/Hauptstadtplanung
Anquatschversuch
an hungerstreikende KurdInnen
Ohne Konterrev. keine Rev.

Anti-Castor-Aufkleber gefunden – Zwischen Uelzen und Lüneburg:

Wieder Anschlag auf Bahnlinie

ez Uelzen. Und wieder ein Anschlag auf die Bahnlinie zwischen Lüneburg und Uelzen: **In der Nähe von Bruchtorf (Landkreis Uelzen) setzten unbekannte Täter am Dienstag, gegen 22.50 Uhr einen Schaltkasten in Brand.** Dabei entstand ein Schaden von rund 70 000 DM. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg geht davon aus, daß es sich bei den Tätern um Atomkraftgegner handelt. Einziger Anhaltspunkt: Rund 60 Meter von der Brandstelle entfernt wurde ein Aufkleber mit der Aufschrift „Castor Alarm 2, Tag X – Jetzt erst recht – Wir stellen uns quer" gefunden. Der zerstörte Schaltkasten enthält ein Kabel, das die Fahrt der Züge auf der Hochgeschwindigkeitsstrecke ähnlich wie ein Autopilot steuert. Nach dem Anschlag war der Zugverkehr vorübergehend beeinträchtigt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen gefährlichen Eingriffs in den Bahnverkehr. Auf dieses Delikt steht bis zu fünf Jahren Gefängnis.

AUSSTIEG SOFORT

Nicht erst beim nächsten CASTOR in Gorleben blockieren!

ALLE müssen 'TEURER werden!

25. 9. AKTIONS- u. Blockadetag zum 11. EXCELLOX Transport abgebrannter Brennelemente vom AKW Brokdorf in die englische Plutoniumfabrik Sellafield.

Treffpunkte 24.9. Bhf Wilster 18 Uhr u. 25.9. am AKW 8 Uhr



berliner anti-atom plenum

ab 12.09.95 jeden Dienstag 19.30 Uhr
Ökodorf, Kurfürstenstr. 14 (Schöneberg)

Castor Alarm
Tag

X^2

JETZT ERST RECHT!

Wir haben heute den Nazi Eckehard Kuhl, Strindbergweg 22, zu Hause besucht und ihm ein paar Scheiben eingeschlagen. Nachdem wir in den letzten Monaten bereits U. Kosin, Paganiniweg 20 und F. Koch, Lohkoppelweg 17 derartige Besuche abgestattet haben, ist Eckehard Kuhl nun der Dritte. Neben ihrer faschistischen Gesinnung ist ihnen auch gemeinsam, daß sie alle drei Bezieher des "Index", der sogenannten "Anti-Antifa-Zeitung" sind. Diese Nazi-Zeitschrift ruft dazu auf, antifaschistische Menschen- ob nun aus kirchlichen, gewerkschaftlichen oder revolutionären Spektrum kommend- auszuspähen, zu veröffendlichen und anzugreifen.
Unsere Aktionen gegen die drei Bezieher dieser Zeitung sollen exemplarisch deutlich machen, daß diejenigen, die diesen faschistischen Terror verbreiten oder tragen schnell selbst zur Zielscheibe antifaschistischer Aktionen werden.
Darüberhinaus ging und geht es uns darum, nicht nur zu reagieren sondern Nazis permanent etwas entgegenzusetzen um ihren Handlungsspielraum einzuengen und nach Möglichkeit zu zerstören.

Für dieses Ziel gibt es viele verschiedene Herangehensweisen- der direkte Angriff ist eine davon.
Wir fügen unserem Schreiben noch weitere hamburger Bezieher des "Index" an. Dabei wollen wir aber daraufhinweisen, daß bei dieser Liste trotzdem noch zu überprüfen ist, ob die einzelnen Bezieher auch mit dem faschistischen Inhalt der Broschüre übereinstimmen.

eine Anti-fa Gruppe
Hamburg, 28.8.1995

Angeblich keine Folter in Spanien

Auswärtiges Amt gibt Stellungnahme zur Auslieferung von Benjamin Ramos Vega ab

Seit Januar diesen Jahres sitzt der spanische Staatsbürger Bejamin Ramos Vega in der Justizvollzugsanstalt Moabit in Auslieferungshaft.
Ihm wird von den spanischen Behörden vorgeworfen, für die ETA unterstützend tätig gewesen zu sein. Die ihm gemachten Vorwürfe treffen nicht zu. Die Aussagen, auf die sich die Vorwürfe gegen Benjamin Ramos Vega begründen, sind von den spanischen Sicherheitsbehörden unter Folter erzwungen worden. Jetzt gab das Auswärtige Amt eine Stellungnahme zu dem Auslieferungsverfahren von Benjamin Ramos Vega ab.

In einer knappen Stellungnahme bestreitet das Auswärtige Amt Kenntnisse über Folter in Spanien. Es gäbe keine unabhängigen Quellen, die belegten, daß in Spanien *„menschenrechtswidrige Praktiken zur Erpressung von Aussagen bis hin zur Folter angewandt“* würden. Dies ist nachweislich falsch. Folter ist in Spanien kein Einzelfall, sondern wird systematisch gegen VertreterInnen der baskischen Unabhängigkeitsbewegung und andere Oppositionelle angewandt. Dies wird seit Jahren in veröffentlichten Berichten von *amnesty international* und der *Menschenrechtskomission der Vereinten Nationen* beschrieben und scharf kritisiert.
Der Sicherheitsapparat des spanischen Staates ist seit der Franco-Zeit nicht reformiert worden und setzt nach wie vor menschenrechtswidrige Methoden ein. Der Skandal um die Todesschwadrone GAL belegt dies am deutlichsten.
Die GAL hat zahlreiche baskische PolitikerInnen bedroht, gefoltert und ermordet. Die Strukturen der GAL reichen bis in höchste Kreise der spanischen Sicherheitskräfte und des Staatsapparates. So wurden die Leichen zweier 1983 entführter und verschwundener Basken erst im März 1995 identifiziert wurden. Die beiden Basken sind vor ihrer Ermordung in einem Gebäude des Innenministeriums in San Sebastian gefoltert worden.
Der Oberst der Guardia Civil, Enrique R. Galindo, hat diese Folter öffentlicht gerechtfertigt und gut geheißen. Er ist von kurzen zum General befördert worden. Selbst gegen den spanischen Ministerpräsidenten und derzeitigen EU-Ratspräsidenten Felipe González wird wegen Verwicklungen in die GAL-Affäre ermittelt und erwogen, Anklage zu erheben.
In seiner Stellungnahme geht das Auswärtige Amt auf diese Fakten mit keiner Silbe ein. Es heißt lapidar *„Die Erkenntnissquellen des Auswärtigen Amtes“* seien *„ausgeschöpft“*. Dies kann nur bedeuten, daß das Außenminsterium diese Tatsachen bewußt verschweigt oder mit Blindheit geschlagen ist. Ersteres dürfte der Fall sein.
Das Auswärtige Amt geht den inzwischen von spanischen Strafgerichten und vielen unabhängigen Stellen erhobenen Vorwürfen zur Folter und Menschenrechtsverletzungen nicht nach. Statt dessen befürchtet das Außenministerium in seiner Stellungnahme, daß *das „von spanischer Seite als beleidigend zurückgewiesen“* werden könnte. Gleichfalls rät das Außenministerium dem Gericht davon ab, sich bei einer eventuellen Zusicherungen z.B. hinsichtlich des Verfahrens oder der Foltergefahren durch spanische Behörden geben zu lassen , weil die *„die Reaktion der spanischen Seite vermutlich äußerst kritisch ausfallen wird und sich Rückwirkungen auf den Rechtshilfeverkehr vermutlich äußerst kritisch“* ausfallen würde. Dies bezieht sich ebenso auf Sondierungen der Botschaft zwecks weiterer Untersuchungen, da diese *„als Anzweifelung der rechsstaatlichkeit und Vertragstreue Spaniens (...) als beleidigend zurückgewiesen würden“*.
Es ist offensichtlich, daß in Spanien von Rechsstaatlichkeit keine Rede sein kann, sondern Oppositonelle mit allen Mitteln bis hin zum politischen Mord verfolgt werden.

Da Spanien aber Mitgliedstaat der EU, der NATO und des Schengener Abkommen ist, wird dies von den entsprechenden Staatengemeinschaften hingenommen. Die Kooperation der EU-Staaten geht also soweit, daß im Namen sogenannter Terrorismusbekämpfung Folter und Mord gedeckt werden.

Benjamin Ramos Vega hat bei seiner Auslieferung kein rechststaatliches Verfahren zu erwarten, da angenommen werden muß, daß unter Folter erlangte Beweise gegen ihn verwendet werden. Benjamin droht bei einer Auslieferung ebenfalls Folter. Eine Auslieferung von Benjamin Ramos Vega unterstützt sowohl die Folter, die dann als legitimes Mittel der staatlichen Gewalt akzeptiert würde, als auch die politische Verfolgung in Spanien, da das Verfahren gegen ihn ausschließlich poltisch motiviert ist.
In einem ähnlich gelagertem Fall wurde 1993 durch das zuständige Appellationsgericht in Belgien die Auslieferung von zwei Basken nach Spanien verweigert. Beide Personen leben derzeit legal in Belgien. Die entsprechenden Unterlagen sind bei dem 4. Strafsenat des Kammergerichts Berlin unter dem Vorsitz von Richter Nöldecke eingereicht worden.
Benjamin Ramos Vega hat inzwischen in der Bundesrepublik einen Antrag auf politisches Asyl gestellt. Dieser ist inzwischen abgelehnt worden, wobei die Menschenrechtssituation in Spanien nicht berücksichtigt wurde. Die Anwältin von Benjamin Ramos Vega hat gegen diesen Bescheid Widerspruch eingelegt.
Der Grund für seine fortdauernde Haft besteht für das Gericht darin, daß Benjamin Ramos Vega "versuchen würde, sich dieser (seiner Auslieferung) innerhalb Deutschlands mit Hilfe der offenbar auch hier vorhandenen Sympathisanten zu entziehen und gegebenenfalls unterzutauchen. Die dem Senat bekannte (...) gesundheitliche Situation des Verfolgten macht es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht erforderlich, den Auslieferungshaftbefehl aufzuheben...".
Seit seiner Verhaftung vor nun mehr sieben Monaten ist Benjamin Ramos Vega in Isolationshaft. Das bedeutet für ihn

*** 23 Stunden Einschluß**
*** Einzelhofgang**
*** Kontaktverbot zu anderen Gefangenen**
*** Verbot von Briefen in seiner Muttersprache**

Nur alle zwei Wochen ist ihm eine halbe Stunde Besuch erlaubt wobei per Gerichtsbeschluß eine vereidigte Dolmetscherin anwesend sein muß. Diese vereidigten DolmetscherInnen müssen die BesucherInnen privat bezahlen, pro Besuch heißt das ca. 250.- DM.
Es ist klar, was das bedeutet: sowohl für Benjamins Angehörige, die keine reichen Leute sind und zudem noch die Anreise aus Barcelona bezahlen müssen, wie auch für uns, die wir hier versuchen, der Isolation durch regelmäßige Besuche zumindest etwas entgegenzusetzen.
Benjamin ist HIV-positiv. Bei seiner Festnahme war er gesund, inzwischen ist bei ärztlichen Untersuchungen festgestellt worden, daß sich sein Gesundheitszustand verschlechtert. GenossInnen und FreundInnen, die ihn aus Barcelona kennen und ihn jetzt besucht haben, waren erschrocken, wie stark sich die Auswirkungen der Isolationshaft bei den Besuchen bemerkbar machen.

Dieser Zustand ist unerträglich :

Keine Auslieferung von Benjamin Ramos Vega !
Benjamin muß sofort raus !

Wir sind gern bereit, weitere Informationen über das Verfahren gegen Benjamin Ramos Vega sowie Hintergrundinformationen über die Situation in Spanien zuzusenden.

Solidaritätskomitee
Benjamin Ramos Vega,
Wilhelmstraße 9, 10963 Berlin
Tel & Fax 030- 25185 39 (Mo-Fr 10.00-14.00 Uhr)

Spendenkonto
M. Wegner Stichwort Benjamin
Konto 771 781 / 104
Postbank Berlin BLZ 100 100 10

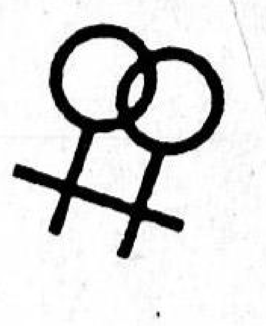
Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega ; Rote Hilfe Berlin

BETR.: 11. BERLINER LESBENWOCHE

Liebe Lesben!

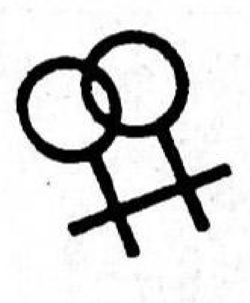
Auch dieses Jahr wird es eine Lesbenwoche geben! Dazu brauchen wir, das Orgateam, noch tatkräftige Unterstützung von EUCH ALLEN !

Bis jetzt steht fest, dass wir die Lesbenwoche (Montag, 2.10. - Samstag, 7.10.) als Forum zum Austausch unter uns Lesben stattfinden lassen wollen. Als Konzept haben wir uns vorgestellt, diesmal wirklich *mehr Gewicht auf Austausch* zu legen und weniger auf Referate usw. Wir wollen der Konsumhaltung, mit der viele zu den letzten Lesbenwochen gekommen sind, auf diese Weise entgegenwirken...



Schwerpunkt wird das Problem von **Ausgrenzung** unter Lesben in Form von **Behindertenfeindlichkeit** und **Rassismus** sowie die *Suche nach Gemeinsamkeiten* sein. .....*Gibt es eine Lesbenbewegung?*........ Diskussionen und Erfahrungsaustausch können uns ermöglichen, gemeinsam neue Inhalte zu erarbeiten und Ausgrenzung ab- und neue Zusammenhänge aufzubauen.

ALLE LESBEN / DICH bitten wir, sich ein paar Gedanken zu machen und herauszufinden, was DU von der Lesbenwoche erwartest und ob DU vielleicht eine *Diskussionsrunde oder einen Erfahrungsaustausch* initiieren möchtest. Ob du dich mit einem Thema schon auseinandergesetzt hast oder ob es völlig neu für dich ist, wir bitten dich lediglich um einen kurzen Text fürs Programm, der folgendes beinhalten sollte: Thema des Austausches mit ein paar erläuternden Sätzen, evt. der Grund, warum du darüber reden möchtest und etwas zu deiner Person. Schön wäre es, wenn du die Diskussion leiten könntest, das muss aber nicht sein. Schreib uns einfach deine Vorstellungen und Wünsche, am besten sehr bald, da es nicht mehr viel Zeit bis Anfang Oktober ist.



Ausserdem sind wir selbstverständlich auch an Referaten, Vorträgen, angeleiteten Workshops usw. interessiert. Deshalb sprechen wir hiermit auch DICH ALS REFERENTIN an: Schreib uns möglichst bald, was du anbieten möchtest (mit einem Text fürs Programm) sowie deine Wünsche zu Zeit und Ort, Teilnehmerinnenzahl usw.

Wir sind auch noch auf der Suche nach KÜNSTLERINNEN, die im Rahmen der Lesbenwoche auftreten oder ausstellen möchten. Meldet euch bei uns!

In Berlin wünschen wir uns dringend noch mehr Lesben, die mit uns die Woche vorbereiten, auch für kleinere überschaubare Aufgaben, sowie Helferinnen.

Wir haben ein Büro, auf der dortigen Anrufbeantworterin teilen wir euch aktuelle Informationen mit sowie den Termin des jeweils nächsten Vorbereitungstreffens. Die Adresse ist: **LESBENWOCHE e.V. c/o Literaturfrauen, Kurfürstenstr. 21/22, 10785 Berlin, Tel. 030/262 00 87.** Ein Spendenkonto haben wir auch: Berliner Lesbenwoche e.V., Kontonr. 6400 23339, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00.

Wir wissen, dass es uns trotz intensiver Bemühungen wahrscheinlich nicht gelingen wird, alle Bedürfnisse gleichermassen zu bedenken, deshalb bitten wir hiermit nochmals ALLE um Unterstützung: Ob du etwas anbieten oder einfach teilnehmen möchtest, bitte schreib uns möglichst frühzeitig, was deine Vorstellungen sind, was du genau brauchst und was wir tun können, damit weder für dich noch für uns unerwartete Komplikationen auftreten. Wir würden uns jetzt über eine Antwort und später über deine Teilnahme freuen!







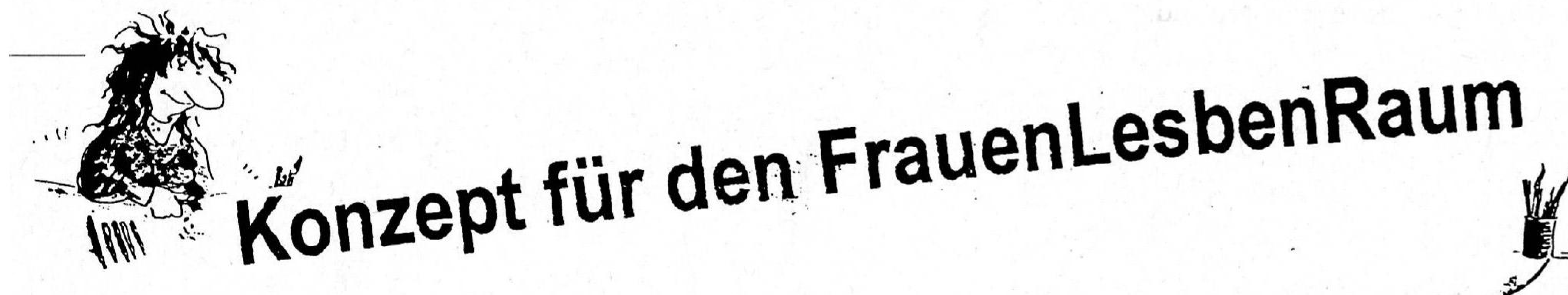



Hallo Lesben,
auch dieses Jahr wird es wieder eine Lesbenwoche geben- vom 2.10.(Eröffnungsparty im SO 36) bis zum Abschlussplenum am 7.10. Wir sind der Meinung, dass die Lesbenwoche weiterhin ein wichtiges Kommunikationsforum für Lesben sein kann und sollte. Das diesjährige Schwerpunktthema ist Behindertenfeindlichkeit. Dazu gehört z.B. die Auseinandersetzung mit Schönheitsidealen, Körperkult, gesellschaftlichem Funktions- und Leistungsdruck, Psychosomatik usw. Weitere Fragestellungen sind: Gibt es Möglichkeiten eines gemeinsamen Handelns über alle Ausgrenzungen hinweg? Gibt es eine gemeinsame Lesbenbewegung? Gibt es gemeinsame politische Perspektiven?

Ausserdem würden wir uns freuen über Berichte von FrauenLesben-Gruppen über ihre alltägliche politische Arbeit, um mehr Austausch - auch mit Lesben aus anderen Städten - zu ermöglichen.

⚢ aus dem autonomen Umfeld der Vorbereitungsgruppe

Ort: Oberstufenzentrum, Danckelmannstr./Ecke Kaiserdamm
Beginn: Mo., 2.10. ab 9h mit Schlafplatzvermittlung
15h Eröffnungsplenum
ab 20h Lesbenwoche-Eröffnungsparty im SO 36
Di., 3.10. Schule geschlossen, Veranstaltung im EX von FARA
Mi., 4.10. "Lantad" - Feministinnen auf den Philippinen, 18h, EX
Do., 5.10. "Sagt den Frauen, dass wir weiterkämpfen", Film mit anschl. Diskussion über Cuba 19h im EX
Fr., 6.10. Lesbenparty mit Programm ab 20h im EX
Mi. - Fr. jeweils 9 - 13 Uhr Diskussionen und Workshops in der Schule (s.o.)
Sa., 7.10. Abschlussplenum



Konzept für den FrauenLesbenRaum

1. Voraussetzungen

Beim AutonomieKongreß Ostern 95 trafen sich in den Frauenräumen relativ viele FrauenLesben. Obwohl anfangs nichts organisiert war, ergaben sich spontan Diskussionsgruppen zu unterschiedlichen Themen. Leider wurde wenig mitgeschrieben und nichts davon (unseres Wissens) veröffentlicht. Ein Aspekt, der immer wieder angesprochen wurde, war der Wunsch, FrauenLesbengruppen sollten sich nicht auf sog. „frauenspezifische" Themen beschränken, sondern zu vielen Politikfeldern feministische Standpunkte beziehen.
Anscheinend organisieren sich viele FrauenLesben in gemischten Zusammenhängen, weil die Themen, mit denen sie sich beschäftigen wollen, in ♀-⚢-Gruppen nicht vorkommen und es auch nicht möglich ist, ♀-⚢-Gruppen dazu ins Leben zu rufen - oder weil zuwenig Austausch zwischen FrauenLesben stattfindet.
Bei der FrauenLesben-Demo am 30.4.95 und bei der Lesben-CSD-Demo am 24.6.95 waren jeweils über 1000 FrauenLesben, eigentlich unerwartet viele. Beide Demos machten, obwohl eher „fun-Demos", auch einen starken, entschlossenen, selbstbewußten Eindruck.
Alte Projekte/Gruppen gehen ein, neue entstehen: FrauenLesben wohnen in FrauenLesbenhäusern, es gibt ♀-⚢-Cafés, ♀-⚢-Feten, outen Vergewaltiger, illegal hier lebende Flüchtlingsfrauen organisieren ihr Überleben, das internationale ♀-⚢-Plenum veröffentlicht mit „Den Faden weiterspinnen" einen Reader über ihre Arbeit usw. Dabei wird wenig veröffentlicht, oft laufen Mobilisierungen nur über persönliche Beziehungen, Veränderungen werden kaum wahrgenommen - subjektiv haben viele den Eindruck, vereinzelt einer schwächer werdenden Bewegung anzugehören. Natürlich ist diese Situation eher Scheiße, aber wir können uns ja auch so verhalten, daß wir uns gegenseitig Mut machen, z.B. mehr Wert auf Werbung und Veröffentlichung legen.

2. Der FrauenLesbenRaum

Den FrauenLesbenRaum im Mehringhof gibt es seit ca. 1 ½ Jahren. Er wurde von ♀-⚢ gemietet und eingerichtet, mit dem Ziel, autonomen ♀-⚢-Zusammenhängen einen Raum mit Infrastruktur (Schreibmaschine, Telefon, Zeitschriften, Kaffeemaschine, Kühlschrank, genügend Stühle für größere Veranstaltungen) zur Verfügung zu stellen, der für Gruppentreffen (auch öffentlich angekündigte), Koordination, u.U. als Telefonzentrale usw. genutzt werden kann. Der Raum sollte von Gruppen getragen werden, die sich einmal im Monat beim Trägerinnenplenum koordinieren sollten. Dieses Konzept ist gescheitert. Aufgrund inhaltlicher und persönlicher Streits und Differenzen und organisatorischer Schwierigkeiten zogen sich immer mehr ♀-⚢ aus dem Raum zurück.
Aus dieser Situation heraus haben die Reste der bisherigen Trägerinnengruppe beschlossen, sich ganz aus dem Raum zurückzuziehen. Bei zwei öffentlich angekündigten Perspektivtreffen sollten neue ♀-⚢ gefunden werden, die den Raum übernehmen. Die Nachfrage war nicht groß, aber vorhanden.

Und siehe da: Hier sind wir!



3. Was wir wollen:

Wir sind bis jetzt eine Kleingruppe, daher sind auch unsere Ansprüche bisher eher klein:

- wir wollen den FrauenLesbenRaum mind. bis Dezember 95 erhalten. Wird er bis dahin nicht mehr genutzt als jetzt, geben wir ihn auf.

- wir wollen die Organisation möglichst vereinfachen, um Reibungsflächen abzubauen, z.B. externe Finanzierungsmöglichkeiten (nichtstaatliche natürlich) finden.

- wir wollen die Möglichkeiten, die der Raum bietet, möglichst breit veröffentlichen, um Zusammenhänge außerhalb der „Bekannte-Gesichter-Szene" anzusprechen. Möglichst breit heißt: FrauenLesbenZeitungen, gemischte linksradikale/autonome Veröffentlichungen und alle möglichen Kneipen/Treffpunkte.

- der Raum soll ein Raum für viele FrauenLesben sein, d.h. wir werden ihm nicht unsere inhaltliche Prägung aufdrücken. Wir setzen als Grundkonsens antipatriarchal, antirassistisch, antifaschistisch voraus.

- wir wollen für ♀-⚢-Gruppen Informationen über Infrastruktur sammeln und zugänglich machen: wo gibt es Veröffentlichungsmöglichkeiten, Infos, Kontakte, Erfahrungen usw.

FrauenLesbenRaum praktisch:

Wenn Ihr den Raum nutzen wollt:
wir sind jeden ersten und dritten Dienstag von 19:00 bis 21:00 Uhr direkt dort erreichbar, außerdem könnt Ihr auf die Anrufbeantworterin sprechen oder uns schreiben.

Der Raum ist eingeschränkt berollbar, Rollifahrerinnen bzw. FrauenLesben, die die Treppe nicht steigen können, können mit dem Aufzug abgeholt werden (aber ohne Schlüssel nicht selbständig fahren) - im Hof gibt es eine Klingel; auf der Etage ist ein rolligerechtes Klo.

Der Raum liegt im 4. Stock im Mehringhof. Er bietet Raum für ca. 25-30 Frauen. Bei schönem Wetter könnt Ihr (in Absprache mit den anderen Projekten) die Dachterrasse nutzen. Kaffeemaschine, Teekocher, Saft und Wasser sind da, außerdem Schreibmaschine und Telefon.

Geld: für die Miete brauchen wir von den Gruppen je nach Möglichkeiten einen Beitrag, ansonsten nehmen wir auch gerne Spenden.

Adresse: FrauenLesbenRaum
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel. 691 2971

Bis Dienstagabend!!!

die neuen ♀-⚢ vom FrauenLesbenRaum

Christina Thürmer-Rohr

Feminismus und Postmoderne

DENKEN DER DIFFERENZ

Wer über Frauenbewegung und Feminismus nachdenkt und sich dazurechnet, wird heute nicht mehr wissen, zu was und zu wem. Die Orientierungen weichen derart voneinander ab, daß derenjeweilige Vertreterinnen mittlerweile kaum noch miteinander sprechen können. Diese Lage spiegelt nicht einfach ärgerlichen Streit oder beängstigende Zersplitterung, sondern die politische Zeit, in der wir leben, spiegelt Handlungs- und Denkfiguren, die diese Zeit erzwingt oder ermöglicht.

Die Frauenbewegung also zeigt sich oder verschwindet heute in einem hochgradig heterogenen und spannungsreichen Spektrum von Kritik und Kritikabstinenz, von Pragmatismus und Intellektualismus, Konser- vatismus und Protest, Normgehorsam und Normabweichung, rechten und linken Orientierungen, Vorteilssuche und Verzichtsmoral, Selbstverschanzungen und Öffnungsversuchen, Besitzstandsicherung und Veränderungsrisiken, Einmischungen und Rückzügen. Nicht einmal der kleinste gemeinsame Nenner, das Bewußtsein von einer ungerechten Geschlechterordnung, einem gesellschaftlichen Unrecht an Frauen, ist noch ein tragender gemeinsamer Erfahrungshintergrund. Jedenfalls scheinen für viele der jungen Generation die Geschlechterverhältnisse nicht mehr „Kampfverhältnisse" und auch nicht in jedem Fall so zentral zu sein, wie sie es für viele der älteren sind (Landweer/ Rumpf 1993, S. 4).

Der Feminismus bewegt sich zwischen einem Denken, das auf der einen Seite das Weibliche zelebriert und in "der Frau" eine originäre Wesens- und Eigenart vermutet, auf der anderen Seite das Geschlecht und den Körper - einst Kernelement feministischer Theorie und Praxis - als Konstrukt entlarvt und die Kategorie „Frau" vollends aufzulösen gedenkt - ein Denken, das von den einen entsetzt als zynische Entkörperung der Frau und wetteifernde Anpassung feministischer Koryphäen an die großen Brüder Foucault, Derrida, Lacan etc. (Duden 1993, S. 26) zurückgewiesen wird, für die anderen dagegen wie ein reinigender Blitzschlag wirkt.

Mir geht es im folgenden nicht um die Darstellung solcher Kontroversen, sondern um das, was die Realität selbst sichtbar werden läßt: das Problem der *Differenz* - Schlüsselbegriff der Postmoderne. Wir sind konfrontiert mit der Präsenz des Verschiedenen, Ungleichen, Nicht-Identischen, mit der Anwesenheit des Anderen, mit der Forderung, das Differente und Andere statt nur das Gleiche und Eigene zu sehen, uns dem Anderen zu stellen. Bereits innerhalb einer Bewegung der angeblich Gleichen, der Frauen ein und derselben Kultur, oft ein und derselben Schicht - haben wir einen konkreten Fall des Problems vor uns, das spätestens seit den achtziger Jahren Gegenstand philosophischer Denkarbeit geworden ist und jetzt zur alltäglichen Konfrontation und politischen Kontroverse gehört: Das Erfahren der Differenz, das *Denken der Differenz*. Dabei handelt es sich nicht einfach um einen Neuaufguß von Pluralismus und Multikultur, sondern um Versuche des Denkens, die von der Hybris der Moderne befreien und von deren Herrschaftsansprüchen entwöhnen könnten.

Wir, d.h. Frauen der westlichen und weißen Welt, sind spätestens seit diesem Jahrzehnt von den sog. *Anderen* mit Vehemenz darauf hingewiesen worden, daß wir kein Recht haben, die eigenen Vorstellungen von Unterdrückung, Emanzipation, Befreiung, Veränderung zu verallgemeinern: kein Recht, von "den Frauen" zu sprechen und das Subjekt des Feminismus aus unserer Perspektive zu bestimmen.

Die Einwände eingewanderter Frauen, schwarzer Frauen, jüdischer Frauen, Frauen aus ehemals sozialistischen Ländern, lesbischer Frauen, armer Frauen etc. gegen einen ethnozentrischen Feminismus der westlichen Länder, gegen die frauenbewegte Norm der Heterosexualität, gegen die Norm des Mittelschichtsfeminismus, gegen eine egozentrische Beschränkung auf die Eigenerfahrung etc. - all diese Konfrontationen machten es unmöglich, an Vorstellungen festzuhalten, die kurzerhand von "der Frau" oder von "allen Frauen" ausgehen und die einmal ein großes Gemeinsames postulierten. Dieser gewollte oder ungewollte Universalismus setzte den westlichen Feminismus der Kritik aus, er sei ein typischer Ableger der westlichen Moderne, getragen von einem Denken, das die *Anderen* in aller Selbstverständlichkeit subsumiert oder ausschließt. Frauen der westlichen Welt sind mit dieser Kritik auf so etwas wie die Ethnologie der eigenen Kultur verwiesen, auf die eigenen und die Herrschaftsweise der eigenen Gesellschaften, die die Anderen und das Andere exiliert, degradiert oder isoliert, verwiesen auf ein selbstkritisches Anders-Denken.

Heute stehen im weitesten Sinne die folgenden feministischen Grundpositionen nebeneinander: Es ist erstens die alte Forderung nach *Gleichheit der Geschlechter*, mit der die Frauenbewegung einmal begann, nach gleichen Rechten, gleichen Chancen, gleicher Bildung, der Anerkennung gleicher Fähigkeiten. Ein aufgeklärtes modernes Menschenbild wird hier endlich auch für Frauen eingefordert. Konsequenz dieses liberalen Feminismus ist eine Politik der Partizipation, Gleichstellung, Quote etc., die mittlerweile über die Parteigrenzen hinweg unwidersprochen und nicht erfolglos ist.

Eine zweite Position, der gynozentrische Feminismus, behauptet demgegenüber die grundlegende *Ungleichheit der Geschlechter*: Der Geschlechtsunterschied sei ein essentieller, originär existierender Unterschied, die Zweigeschlechtlichkeit ein fragloser und zeitloser Bestandteil der Natur, Weiblichkeit ein essentieller Wert. Das Dasein wäre demnach von allem Anfang an und auf nicht zu beendigende Weise durch diese Verschiedenheit bestimmt, Weiblichkeit wäre sozusagen ein ontologischer Status und das Menschsein wesentlich an Geschlecht und Geschlechtlichkeit, an Körperlichkeit und Körpererfahrung gebunden. Dem Weiblichen wird hier eine unverwechselbare Eigenart und naturhafte Wesenhaftigkeit zugesprochen, der alle Frauen jenseits von Kultur und Geschichte in irgendeiner Weise teilhaftig sind.

Dementsprechend geht es hier um die Entdeckung, Anerkennung und Aufwertung von Weiblichkeit, um die Positivierung des Weiblichen, den Stolz aufs Frausein, die Suche nach Wurzeln und Ursprüngen. Das Geschlechterverhältnis soll zwar enthierarchisiert, aber der Geschlechterunterschied wieder als ein ursprünglicher freigelegt werden. Ziel ist nicht mehr die Aufhebung der Geschlechterdichotomie, sondern ihre Rekonstruktion und Umwertung. Die Niederschläge dieser Position zeigen sich heute besonders in Angebot und Nachfrage des weiblichen Bildungsmarktes, auf dem ein gynozentrischer Spiritualismus floriert, der mit seinen Angeboten - workshops zu Menstruations- und Mondzyklus, Kräuterweihe, Tanz und Körper, Göttinnenkult, Matriarchats- und Urmütterforschung etc. - kontinuierliche Kundschaft findet.

Eine dritte Position - *die dekonstruktivistische* oder im weiteren Sinne *postmoderne Position* - bestreitet die eben genannten Voraussetzungen. Sie bestreitet, daß die Kategorie „Geschlecht" überhaupt eine Klassifikationseinheit sein und irgendeine tragende Gemeinsamkeit, eine Geschlechtsidentität stiften könne. Geschlecht ist ein Konstrukt.

Dessen Herstellungsverfahren müssen als Herrschaftsakte vorgeführt und entlarvt und die Geschlechtseinheiten, die das Konstrukt tatsächlich produziert oder zu produzieren scheint, müssen demontiert, konterkariert, dekonstruiert werden. Geschlecht ist - perspektivisch - eine aufzulösende Kategorie.

Die Frage nach dem Geschlecht und der Geschlechterdifferenz verliert in diesem Ansatz ihren alten zentralen Stellenwert. Denn ins Zentrum der Kritik gerät die Gewohnheit eines *klassifizierenden Denkens*, das selbst Ausdruck des Herrschaftsaktes ist. Die Rede vom Geschlecht setzt den gelungenen Herrschaftsakt voraus, aber nichts, was substantiell existiert. Und so gäbe es auch keinen Grund mehr anzunehmen, daß das Konstrukt „Männer" und Männlichkeit ausschließlich dem männlichen Körper zukommt oder die Kategorie „Frauen" und Weiblichkeit nur

dem weiblichen Körper (Butler 1991, S. 23).

In den Mittelpunkt gerät jetzt die Differenz unter Frauen, die Differenz also innerhalb dieser konstruierten Scheineinheit, die Demontage dieser eingebildeten Einheit. Es gibt, so lautet die These, keine exklusive Zweigeschlechtlichkeit, sondern Vielgeschlechtlichkeit, und es gibt so viele Identitäten, wie es Frauen gibt. Jeder Versuch, der Kategorie „Frauen" einen universellen oder spezifischen Gehalt zuzuweisen, schaffe gerade nicht das, was er garantieren will, nämlich Solidarität, sondern zwangsläufig Zersplitterung (Butler 1993, S. 49). Das bedeutet nicht, daß wir den Terminus „ Frauen „ nicht verwenden dürften od er daß wir den Tod dieser Kategorie verkünden müßten.

Aber würde der Feminismus davon ausgehen, daß die Kategorie „Frauen" nichts Feststehendes, nichts Zusammenfaßbares, nichts Identisch-sein-sollendes bezeichnet, sondern ein unabsehbares Feld von Differenzen, dann würde sich dieser Terminus in einen Schauplatz ständiger Offenheit und Umdeutbarkeit verwandeln. Die Risse zwischen den verschiedenen Frauen würden damit zur Möglichkeit, das Konstruierte der Kategorie "Frauen" zu erkennen, statt sie retten zu wollen. Damit wären neue und unbekannte Handlungsfähigkeiten zu gewinnen (ebd., S. 50). Die ständige Spaltung sollte also als Grund feministischer Theorie bejaht werden. „Das Subjekt des Feminismus dekonstruieren heißt also nicht, den Gebrauch des Begriffs 'Frauen' zensieren, sondern ihn in eine Zukunft vielfältiger Bedeutungen entlassen, ihn von den maternalen oder rassischen Ontologien befreien und ihm freies Spiel geben" (ebd., S. 50).

Häufig wird eingewandt, es sei ja keine feministische Neuigkeit, daß die Geschlechterklassifizierung Ergebnis von Herrschaftsprozessen und durch nichts anderes als durch Herrschaft zu legitimieren sei. Dennoch hat die Einsicht, daß das Raster "männlich-weiblich" und die faktischen Geschlechtsunterschiede bzw. die Nötigung zu diesen Unterschieden einen kulturellen Herstellungsakt verraten und nicht "Natur", sondern einen historischen Gewaltakt abbilden, feministische Positionen hierzulande nicht davor geschützt, immer wieder in ungewollten Konservatismus (Gildemeister/Wetterer 1992, S. 203) zu verfallen. Die Konsequenz aus der Einsicht in die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit wurde kaum radikalisiert. Diese Radikalisierung aber irritiert die gewohnte Geschlechterordnung. Sie stört die Übereinkunft, daß die Grenzen der politischen und persönlichen Gegnerschaften im weitesten Sinne durchs Geschlecht gesetzt seien. Sie löst darüber hinaus die heillose Fixierung an *alle* ordnungsschaffenden Typisierungen auf. Sie führt damit auch zu keinen übersichtlichen, leicht handhabbaren und leicht umsetzbaren Konsequenzen.

Vorerst bleiben die Gedanken im Rahmen eines akademischen Diskurses, der nur von wenigen Eingeweihten - allerdings mit großer Heftigkeit - geführt wird und schwer verständlich erscheint. Sie gelangen kaum und wenn dann verkürzt an eine unspezialisierte Frauenöffentlichkeit. Dennoch handelt es sich nicht nur um abgehobene Intellektualismen eines akademischen Diskurses, wie manche meinen. Die Kritik richtet sich gegen eine Übereinkunft, die sich verführen läßt, die *hergestellte Differenz* zwischen den Geschlechtern mit einer *essentiellen Differenz* zu verwechseln: eine Verwechslung von real vorfindbaren polaren Unterschieden einerseits mit dem erfolgreichen Ergebnis von Herrschaft andererseits. Damit wird an dem Konstrukt der "Andersartigkeit von Frauen" wunschgemäß festgehalten. Das gewaltsame Klassifikationsprodukt wird angenommen und zum Essential und als Essential kultiviert.

Die Kategorie "Frauen" oder "Weiblichkeit" kann aber allenfalls als provokativer Hinweis auf einen willkürlichen Geschlechterentwurf und eine diesem Entwurf entsprechende gemeinsame Unterdrückungsgeschichte gelten. Wenn sie aber zur Akzeptanz einer tatsächlichen Einheit "Frauen" wird, die sich von einer Einheit "Männer" wirklich und essentiell unterscheiden soll, dann wird das Konstrukt mit feministischer Hilfe immer wieder neu erzeugt, dramatisiert, belebt. Die heterosexuelle Matrix wird ununterbrochen reproduziert, das Gefängnis des Geschlechts ständig neu geschaffen. Geschlecht ist aber nicht etwas, was wir haben und sind, sondern etwas, was wir tun (Hagemann-White/Rerrich 1989).

Wenn Weiblichkeit/Frausein in - biologischer oder sozialer - Mütterlichkeit und Mutterschaft begründet wäre, was ist dann mit denen, die keine Mütter sind, keine sein wollen oder sein können? Wenn Weiblichkeit/ Frausein an Menstruation und Gebärfähigkeit gebunden wäre, was ist dann mit denen, die über diese biologischen Gaben nicht oder nicht mehr verfügen bzw. die diese Erfahrungen nicht zum Sammelplatz der eigenen politischen Aktivitäten in Sachen Feminismus machen wollen? (ebd., S. 49) Wenn Frausein in einer essentiellen Mitgift, einem naturhaften Ursprung begründet wäre, was ist dann mit denen, die bei bestem Willen keinen Zugang zu diesem finden können? Wenn Frausein an die Erfahrung der Heterosexualität gebunden wäre, was ist dann mit denen, die keine heterosexuellen Erfahrungen kennen und keine suchen? Wenn Frausein an die allgemeine Unterdrückungserfahrung in der patriarchalen Kultur gebunden wäre, was ist dann mit denen, die die Definition ihrer Person nicht im Status der Unterdrückung aufgehen lassen wollen, jedenfalls niemals vollkommen? Wenn Frausein an das Ausgeschlossensein von Macht und Privilegien gebunden wäre, was ist dann mit denen, die längst solche Privilegien genießen? Wenn Frausein an den Komplex klassisch weiblicher Tätigkeiten gebunden wäre (wie Haus- und Beziehungsarbeit), was ist dann mit denen, die diese verweigern? Wenn Frausein an das bekannte Arsenal weiblicher Eigenschaften gebunden wäre, was ist dann mit denen, die diese einfach nicht besitzen? Sind das dann alles keine Frauen? Was also soll die Kategorie "Frau" bedeuten?

Das Denken der Differenz ist zunächst keine feministische Erfindung. Mit dem *Denken der Differenz* geht eine Praxis, eine Denkbewegung in die feministische Reflexion ein, die einer dekonstruktivistischen, poststrukturalistischen oder auch postmodern genannten Philosophie der achtziger Jahre entspringt. Ich gehöre nicht zu denen, die den „postmodern" genannten Denkern und Denkerinnen in allen Punkten zustimmen, zumal diese mittlerweile wiederum eine derartige Vielzahl von Positionen zu Gehör bringen und oft derart verwaschene und verblasene Ausführungen machen, daß diese sich meinen Verständnisfähigkeiten entziehen.

Mir geht es hier auch nicht darum, die Masse von Gegenpositionen darzustellen, die Einwände zu diskutieren, die z.B. behaupten, emanzipatorisches und postmodernes Denken seien nicht zu vereinbaren, oder der Feminismus löse sich durch postmodernes Denken selber auf, es stelle das Emanzipationsideal der Frauenbewegung in Frage (Benhabib 1993, S. 13). Ich fühle mich dieser gesamten „Schule" und dem mit ihr verbundenen Jargon nicht verpflichtet. Aber ich möchte mich auf den Differenzgedanken einlassen, möchte an einigen Aspekten anknüpfen, Anregungen aufnehmen.

Im Denken der Differenz verbindet sich die neuere postmoderne Kritik an den Herrschafts- und Universalitätsansprüchen der westlichen Moderne mit der alten feministischen Kritik an den Herrschafts- und Universalitätsansprüchen des weißen männlichen Subjekts. In beiden Fällen wird die Anmaßung zurückgewiesen, mehr zu repräsentieren als sich selbst, nämlich alle, *den* Menschen, in beiden Fällen geht es um die Kritik an den Ausschließungen des Anderen/der Anderen, die mit jedem universalisierendem Denken verbunden sind, um die Auflösung aller Dominanzansprüche.

Denken der Differenz heißt: nicht identifizieren, nicht in-eins-setzen, das Andere, das Ausgeblendete und Ausgegrenzte und das Verschiedene, die Vielheit als notwendigen Plural (s. Arendt 1981, S. 15ff. u. 1993, S. 9f.)(1) zu respektieren, heißt Auflösung des Ursprungsdenkens und heißt: nicht herrschen. Es heißt, Einheiten und Identitäten auflösen, die immer ausschließenden und keineswegs nur beschreibenden Charakter haben (Nation, Volk, „Rasse", Geschlecht etc.): das große Wir, das weiße Wir, das unverwüstliche Wir, das Wir, das sich durch Diskriminierung des Anderen, des NichtWir konstituiert.

Denken der Differenz läßt sich somit nicht vereinbaren mit Androzentrismus und europäischem Ethnozentrismus, nicht mit einer Optik, die sich um Prioritäten und Wertsetzungen zentriert, mit denen die Dominanzkultur die Wirklichkeit in ihre Sichtweisen hineingezwängt hat, mit der Priorität also des männlichen Subjekts und der Priorität von Werten der westlichen Kultur. Das Denken der Differenz ist zerstreuend, anspruchslos, nicht expansiv, es destabilisiert eine Ordnung, auf die jede Herrschaft über Andere angewiesen ist. Es läßt sich vom Anderen ir-

ritieren, ist nicht auf Überlegenheit, auf Erwerb und Besserwissen aus, es fixiert sich nicht auf das Eigene und das sog. Selbst, sondern läßt es vom konstruierten Fremden und Anderen in Frage stellen.

Diese Praxis ist für eine feministische Reflexion überhaupt nur dann zugänglich zu machen, wenn wir, Frauen der westlichen Welt, uns nicht nur als Beschädigte patriarchaler Gewalt und als Benachteiligte patriarchaler Dominanz begreifen, sondern als Mitglieder einer Kultur, an deren Herrschaftspraktiken auch wir mitagieren. Die grundlegende Herrschaftskritik trifft somit auch uns. Das ist keine Position von Opfern. Das ist eine Position aus der Perspektive derjenigen, die sich auch selbst als Herrschaftsträgerinnen und -mitträgerinnen erkennen, eingebunden in die Dominanzkultur, selbst an ihr mitwirken, selbst von ihr profitieren, selbst den Mythen anheimfallen. Das Denken der Differenz ist somit ein Versuch, die Dekonstruktion von Herrschaftsdenken selber in auflösenden und in sehr zurückgenommenen Denk- und Handlungsweisen praktizieren zu wollen - auch durch Rückzug von den großen modernen Emanzipationsansprüchen und -parolen.

Diese Position ist nicht im alten linken Sinne revolutionär, denn sie glaubt nicht mehr an den großen einschneidenden Bruch, an die Veränderung menschlichen Verhaltens durch eine gesellschaftliche/politische Umwälzung (Fraser 1994, S. 111). Sie glaubt nicht mehr der modernen Idee, eine Idealgesellschaft schaffen zu können, sie sieht im Gegenteil gerade in dieser Idee eine Ursache der Verwüstungen, die die Moderne in diesem Jahrhundert angerichtet hat und weiterhin praktiziert (Baumann 1992, S. 43ff.).

Eine "Politik des Widerstands" gegen die zerstörerischen Entwicklungen der eigenen Kultur ist eine geduldige, ausdauernde Arbeit der Enttarnung und Aufdeckung, sie ist experimentell, manchmal spielerisch, nicht fortschreitend, nicht-identifiziert, sie bedarf äußerster Wachsamkeit, ist fremd gegenüber den Verführungen der Macht, sie ist auch Verweigerung, ist Einhalten, immer verbunden mit dem wachen Entsetzen und der wachen Enttäuschung über die eigenen kulturellen Erfahrungen.

Es ist eine Position derjenigen, die zu den Errungenschaften der Moderne nicht oder nicht mehr stehen, sich aber gleichzeitig innerhalb ihres Bann- und Wirkkreises befinden. Denn es gibt kein Außerhalb. Den Navigationskriterien der eigenen Kultur zu mißtrauen und von der Distanz zu den vorherrschenden Kursnahmen vollkommen bestimmt zu sein, dennoch nicht jenseits derselben und jenseits ihrer Vorzüge zu existieren, das ist eine postmoderne Position. Sie glaubt der Autorität moderner Gesellschaftskonzeption und den Versprechungen des modernen Fortschritts längst nicht mehr. Sie kennt nicht mehr jenen Impuls, den die Moderne angetrieben hat, den Optimismus.

Das Schiff der Moderne - ein Bild, mit dem Zygmunt Bauman die Lage beschreibt (ebd., S. 332f.) - fährt als zwar noch mächtiges und prächtiges, aber ausgedientes Fahrzeug, beladen mit einer fatalen Fracht, mit gefährlichen, aber längst entwerteten Gütern. Es fährt und fährt. Es ist nicht aufzuhalten. Aber es ist nicht voll besetzt. Viele befinden sich in Kleinbooten neben oder hinter dem Großgefährt, in der Turbulenz des aufgewühlten Kielwassers. Und immer, wenn dieses sich etwas beruhigt, nehmen die Kleinsegler/innen und früheren Passagiere das riesige Schiff in den Blick, haben zumindest die Chance des Überblicks, der kühlen Bewertung. Sie beobachten, sie registrieren, sie haben nicht die Intention, aufs große Schiff aufzusteigen und dessen Steuer an sich zu reißen. "Im Kielwasser der Moderne werden die Passagiere ernsthafter Fehler im Plan des Schiffes gewahr, das sie dorthin brachte, wo sie jetzt sind" (ebd., S. 332f.).

Die Postmodernen sind die Nicht-Überzeugten, die modernen Melancholiker/innen, Untröstbaren und Zweifelnden. Sie sind postmodern, weil sie den modernen Kurs nicht mittragen, aber keinen anderen Kurs vorschlagen. Die postmoderne Position ist keine Kampf- und Kontraposition, sie ist nicht rebellisch im traditionellen Sinne, nicht kontradiktorisch. Ihr geht es nicht um die Organisation von Gegenkollektiven, nicht um Machtergreifung. Sie hat allenfalls die Macht der Distanz, des ambivalenten Wissens, der tiefen Skepsis gegenüber den Bewegungen des modernen Mainstreams, die Macht der Fremdheit, der Nichtvereinnahmbarkeit. Sie bleibt fragend, beobachtend, inspizierend und immer gefährdet, ohne Sicherheiten. Die Enttäuschung der Postmodernen ist nicht die Enttäuschung von Besiegten und Unterlegenen, sondern die Illusionslosigkeit derjenigen, die von den Verführungen durch das Geschäft der modernen Macht unabhängig zu werden versuchen, einer Macht, die fraglose Norm, aber nicht mehr Glanz ist.

Das Bild vom Schiff der Moderne mit seinen vielen Nebenbooten stellt die postmoderne Position vorsichtig als eine Chance dar, sie wird zum Ausdruck des gewählten oder erzwungenen, jedenfalls des immer ungesichert bleibenden Prozesses der Reflexion, des Mündigwerdens.

In der Philosophie und den Sozialwissenschaften begann das postmoderne Denken als eine "Widerstandslinie gegen das Versagen der Moderne" (Lyotard 1987, S. 56). Es behauptet nicht, wie oft in plattester Weise kolportiert, die Moderne sei nun zeitlich vorbei und etwas „danach" habe real begonnen. Allerdings hält das postmoderne Denken die Moderne nicht für ein unvollendetes Projekt (Habermas 1990, S. 32ff.), sondern für ein moralisch erledigtes Projekt. Die Moderne mit ihren aufklärerischen Idealen, ihrem technisch-ökonomischen Fortschritt, ihrem Anspruch auf Menschheitsverbesserung ist moralisch liquidiert: Das moderne Verbrechen eröffnet die Postmoderne (ebd., S. 33, 34). Die Zerstörungsgreuel und Entmenschlichungen dieses Jahrhunderts - Auschwitz, Hiroshima, Nationalsozialismus, Stalinismus als Schockerfahrungen - sind nicht als atavistische Rückfälle in ein vorzivilisatorisches Entwicklungsstadium zu verstehen, sondern als vollwertige Projekte der Moderne, die mit allen Mitteln modernster Wissenschaft, Bürokratie, Propaganda und einer entwickelten menschlichen Disziplin praktiziert worden sind.

Dem postmodernen Projekt der Dekonstruktion liegt implizit eine radikale Erschütterung über diese Geschichte und über den gewalttätigen Bezug der westlichen Welt zum *Anderen* zugrunde, dem, was sie nicht ist und was sie ausschließt oder ausbeutet oder stigmatisiert - über die ökonomische, politische, militärische, ideologische Gewalt der eigenen Kultur. Eine Praxis des Sortierens und Aussortierens, des Einschließens und Ausschließens, wie es dem Ideal des sauberen und ordentlichen Klassifizierens entspricht.

Diesem Ordnungsideal der Moderne ist „die Abnormität das Andere der Norm, die Krankheit das Andere der Gesundheit, die Barbarei das Andere der Zivilisation, das Tier das Andere des Menschen, die Frau das Andere des Mannes, das Fremde das Andere des Einheimischen, der Feind das Andere des Freundes, 'die' das Andere von 'wir', Wahnsinn das Andere der Vernunft, Ausländer das Andere der Staatsbürger, das Laienpublikum das Andere des Experten" (Baumann 1992, S. 29). Den totalisierenden Geschichts- und Gesellschaftsbildern sind alle Positionen jenseits der Macht und jenseits des eigenen Ordnungsprinzips suspekt, das Eine ist immer selbstbehauptend, das Andere isoliert, degradiert, exiliert.

In den Mittelpunkt der postmodernen Kritik gerät die Tat des Klassifizierens, der Kategorien- und Klassenbildung, des Einheit- und Ordnungschaffens, das ohne Säubern und Durchkämmen, ohne Sortieren, Assortieren und Einsortieren nicht auskommt. Das klassifizierende Ordnungschaffen selbst ist ein Gewaltakt. Sein Ziel ist die maßgefertigte und planmäßig entworfene moderne Welt, die alle zu Objekten und Opfern macht, die nicht integriert und assimiliert werden können.

Aus den bisher angerissenen Gedanken ergeben sich nun eine Reihe von Fragen an die gegenwärtige feministische Theorie und Politik. Die wesentliche Frage betrifft das Verständnis von Herrschaft. Ich gehe davon aus, daß feministische Kritik *Herrschaftskritik* sein soll. Was aber wird im traditionellen Feminismus unter Herrschaft verstanden? Die feministische Kritik war angetreten, die Männerherrschaft zurückzuweisen. Es ist eine Kritik an den Unterdrückungen und Erniedrigungen, mit der ein Geschlecht, das männliche, in einem langen historischen Prozeß und mit Erfolg das *andere*, das weibliche, an den Rand zu drängen, auszunutzen, zu funktionalisieren und kleinzuhalten versucht. Der Akzent dieser Kritik liegt auf dem sexistischen Anteil der Herrschaft, und diese Kritik ist weder überholt, noch steht sie in irgendeiner Weise in Frage.

Aber die Herrschaft, die das Organisationsprinzip der patriarchalen Moderne (List 1993, S. 20) ausmacht, ist nicht nur im Verhältnis Mann-Frau lokalisiert, erst recht nicht nur in

dem Verhältnis weißer Mann-weiße Frau, Mittelschichtsmann - Mittelschichtsfrau. Patriarchale Herrschaft hat nicht nur die Unterdrückung von Frauen zum Ziel. Sie zeigt sich in allen materiellen, ideologischen, wissenschaftlichen, technologischen, ästhetischen, sprachlichen, psychischen Ausdrucksformen westlicher Kultur, die auf „männlicher Monokultur" basiert.

Die Ideologie vom unendlichen Wirtschaftswachstum, das Verhältnis zur Natur als zu einem Objekt der Ausbeutung, die Entwicklung von Waffen- und Großforschungssystemen, das Verhältnis zu sog. unterentwickelten Ländern als Kolonien der Bereicherung, schließlich das Verhältnis zu den Frauen als Objekten der Diskriminierung sind Ausdruck des historischen Alleingangs eines Geschlechts und Ausdruck einer Geschlechterkonstruktion, mit der sich ein Geschlecht zum Subjekt der Geschichte autorisiert hat. Diese moderne Herrschaft basiert im wesentlichen auf drei großen Fundamenten, auf *sexistischer, rassistischer und kapitalistischer* Ideologie und Praxis.

Deren Ausführende können wir nicht bequemerweise in irgendeiner Zentrale oder einfach "oben" bei "den Herrschenden" lokalisieren. Zur Lösung des Herrschaftsproblems können wir also nicht einfach die Herrschaft "der Herrschenden" anklagen, um von diesen die Demontage zu fordern. Die Praktiken, mit denen die Kultur innerhalb und außerhalb der eigenen Grenzen Andere unterwirft, ausnimmt, stigmatisiert, vereinnahmt, einfängt oder nichtet, sind in das Selbstverständnis der Kulturangehörigen eingegangen, bestimmen Denk- und Handlungsweisen im Prinzip auf allen gesellschaftlichen Stufenleitern. Sie realisieren sich nicht nur in den politischen und ökonomischen Makrostrategien, sondern in den Mikrotechniken von Hinz und Kunz, von jedermann und jederfrau, jedenfalls im Prinzip.

Ob wir uns in den modernen Demokratien nun in einer herrenlosen Sklavengemeinde befinden oder einer sklavenlosen Herrengemeinde - die Ansprüche der westlichen Dominanzkultur, ihre Vorteile und Schäden sind nicht oder nicht mehr und nicht nur klassen- und geschlechtssauber zugeteilt. Die Herrschaftsformen der Industriemoderne bringen den meisten ihrer Angehörigen sowohl Vorteile als auch Schäden ein. Viele profitieren und leiden gleichzeitig, leiden an dem, wovon sie profitieren, profitieren von dem, woran sie leiden. Auch Frauen machen an fast jedem gesellschaftlichen Ort die Doppelerfahrung, von Schäden bedroht zu sein und an der Schadensverursachung mitzuwirken oder eigenen Nutzen am Schaden anderer zu erwirken. Frauen sind Unterworfene, Teilhabende, Ausführende zugleich: Sie werden beherrscht und herrschen, erleiden und richten an, lehnen ab und machen mit, sind betroffen und beteiligt. Sie sind Leidtragende und Ausführende, Benachteiligte und Komplizinnen in einer Person.

Wenn wir diesen Ausgangspunkt akzeptieren, dann bedeutet das, daß feministischer Protest sich nicht nur auf die Taten und Handlungen richten kann, die uns selbst treffen, sondern ebenso auf diejenigen, an denen wir selbst bzw. die eigene Kultur beteiligt sind und die *Andere* treffen. Damit stellt sich die *Eindeutigkeit* feministischer *Unrechtsordnung* in Frage, die Eindeutigkeit der Gegner, die Eindeutigkeit von Opfern und Tätern, von Unterdrückern und Unterdrückten. In Frage stellen sich jene Generalisierungen und Totalisierungen, mit denen die Schmerzen, die die Geschlechterpraxis verursachen, zum Maßstab für Schmerzen überhaupt werden.

In Frage stellt sich auch die Dominanz der Eigenerfahrung und des Eigeninteresses. Wer sich immer eindeutig bei den Unrechterleidenden verortet, meint auch das moralische Recht beanspruchen zu können, dem Eigeninteresse bedingungslos Vorrang und höchste politische Würde zu verleihen. Das selbsterfahrene Unrecht wird zum einzigen Maßstab des Unrechtsbewußtseins, das Unrecht an den *Anderen* und die eigenen Beteiligungen ausgelöscht (Thürmer-Rohr 1994, S. 131ff.).

In Frage stellt sich vor allem jene feministische Norm, Frauen als die *Anderen* zu kennzeichnen: „die Frau" als das *Andere* des Mannes, das Weibliche als das *Andere des* Männlichen, als das diskriminierte, randständige, abgewertete andere Geschlecht, als das Andere der (männlichen) Vernunft, das Andere der (männlichen) Kultur, das Andere der (männlichen) Norm, als diejenigen, die das Andere sind und sich als die Anderen verhalten bzw. verhalten sollen. Die Anderen, das sind im Feminismus wir Frauen, gemeint als Anklage oder gesagt im Stolz.

Nun betrifft aber - wie gesagt - die Logik des Patriarchats der Moderne nicht nur das Geschlechterverhältnis. Diese Einsicht ernstzunehmen heißt: der Gegenstand feministischer Kritik ist dieses System, sind die Handlungen aller Mitagierenden an dieser Systematik, die die modernen westlichen Gesellschaften bestimmt. Feminismus heißt damit Gesellschaftskritik. Gegenstand feministischer Theorie und Politik ist nicht nur die Frau als *Objekt* der Diskriminierung, sondern ebenso die westliche Kultur als *Subjekt* der Diskriminierung Anderer, das heißt derjenigen, die von dieser Kultur als Andere konstruiert werden.

Aus diesem Verhältnis der westlichen Moderne zu den von ihr definierten Anderen können westliche Frauen sich nicht länger selbst als *die Anderen* herausdefinieren. Wenn sie das tun, folgen sie einer gesellschaftlichen Lüge, die sie ebenso entlastet und infantilisiert wie brutalisiert. Als Mitakteurinnen, Komplizinnen, Mittäterinnen und Täterinnen westlicher, christlicher, weißer Hegemonie waren die Frauen zumeist willkommen, egal, ob sie mit "weiblichen" oder "männlichen" Mitteln agiert haben. Die Männergesellschaft war/ist in diesem Fall durchaus daran interessiert, ihren Frauen nicht nur marginale Rollen zuzugestehen. Im Verhältnis zu den Andern der eigenen Kultur, des eigenen Mainstreams gibt es wohl wenige Beispiele für einen durchschlagenden qualitativen Geschlechterunterschied. Rassistische und Klassenideologien sind nicht nur eine Herrschaftspraxis der Männer. Ein Feminismus, der die Herrschaftsnormen durchbrechen will, müßte für ein anderes Unrechtsbewußtsein eintreten, für eine Politik des Anderen dieser Norm.

Die Überwindung eines antisexistisch verengten Unrechtsverständnisses bedeutet das bewußte Zusammendenken von Problem-*Haben* und Problem-*Sein* - nämlich für Andere. Mit einem Denken, das die gewohnten Koordinatensysteme männlich-weiblich nicht nur gleich- oder umwerten will, sondern der Kategorie Geschlecht die klassifikatorische Relevanz überhaupt abspricht, wäre die (weiße, westliche, christlich sozialisierte) Frau nicht mehr die eindeutig Andere. Andere könnte sie allenfalls werden unter allen Andern, ohne festen Platz und vertrauten Ort. Das Anderssein verlöre seine stigmatisierende Bedeutung, wenn alle sich als Fremde erkennen und wenn das Andere auch zum Anderen in uns würde, zum Uneigenen, das jede Person außerhalb von sich selbst und in sich selbst respektieren müßte - eine Form von Freiheit.

Es wird immer wieder gesagt, ein postmodernes Denken sei moralisch indifferent. Es gebe die normative Seite des Feminismus preis. Es würde nicht nur die Kategorie Geschlecht dekonstruieren, sondern dekonstruiere auch jede Kritik, jede Wertsetzung, jede Positionierung und Position. Die Auflösung der Ordnungskategorien könnte auch die Auflösung von Unrechtsbewußtsein zur Folge haben. Das Ziel der feministischen Bewegung, die Aufhebung von Unterdrückung, werde mitdemontiert, werde zu einer antiquierten Utopie der aufklärerischen Moderne, und dieser Abschied von der Utopie mache handlungsunfähig etc.

Ich finde solche Argumente ziemlich voreilig. In erster Linie verraten sie nur ihre eigene Bindung an das, was wir alle bisher mehr oder weniger auch gedacht und getan haben, weiter nichts. Die Frage bleibt, was einem glaubwürdiger und politisch wirkungsvoller erscheint: *Herrschaftskritik oder Herrschaftsabsage*. Ich bin mir da keineswegs sicher. Postmoderner Feminismus führt nicht zu Partei und Programm, nicht zu Gemeinschaften, nicht zu stabilen Gruppen, nicht zu Kontinuitäten. Aber er könnte zu neuen und wechselnden Bündnissen führen, und das Auseinandergehen wäre nicht einfach Mißerfolg, Versagen, Zerrüttung, sondern würde zum immer wiederkehrenden Versuch und Anfang. Denn alle Zusammenschlüsse auf Zeit ergäben sich nicht aus dem Identitätskonstrukt von sozialen Gruppen, Schichten, Klassen, Hautfarben etc., sondem aus nichts anderem als der jeweiligen veränderungsbedürftigen Sache.

Das Denken der Differenz heißt denken, daß wir verschieden sind. Damit stellen sich an alle Begegnungen ungewohnte Anforderungen. Sie verlangen Offenheit, Respekt, Neugierde, die Fähigkeit zum Zuhören, Aufmerksamkeit gegenüber dem Detail, Zweifel gegenüber jedem Urteil, das ein Vorurteil sein könnte, Skepsis gegenüber den üblichen Tagesordnungen und Hauptsachen.

Denken der Differenz löst Identitäten auf.

Deswegen macht es fremd. Niemand kann sich mehr im und hinter dem angeblich Gleichen verstecken, niemand kann mehr voraussetzen, die Andern zu kennen und verstanden zu haben, niemand kann wissen, wer und was sie sind. Es ist die ständige Position des Nicht-Vertrautseins, des Unberechenbarseins, des Immer-wieder-neu-Anfangens, des Beginnens, die Position von Neuankömmlingen. Denn wer Selbstverständliches in Frage stellt, muß fremd sein und fremd sein wollen, außenstehend im Inneren, fragebedürftig und uneingebunden, störrisch gegenüber allen Vereinnahmungen - das ist kein Denken aus der Position von Herrschaft und Herrschaftssicherheit, sondern ein Versuch der praktizierten Herrschaftsabsage, der Nichtpraktizierung von Herrschaft.

Feministisches Denken der Differenz bedeutet nicht, die Zeit der Absetzung sei nun vorbei, gegen die Kooperation mit Männern sei nun endlich nichts mehr einzuwenden. Das ist ebenfalls voreilig. Denn diesem Kooperationsversuch wäre vorausgesetzt, daß auch Männer mit der Dekonstruktion von „Männlichkeit", einer androzentrischen und ethnozentrischen Identität ernst machen, mit ihrer Absage an Herrschaft. Und sie hätten viel mehr und vermutlich noch viel folgenreicher zu dekonstruieren als die Frauen. Sie müßten sich von kulturellen und persönlichen Privilegien aus Beton verabschieden - eine Infragestellung, die bei vielen auf die Totale zielt. Denn in der Doppelrealität von Diskriminierung und Herrschaftsunterstützung befinden sich Männer im Normalfall nicht: in dem Problem-Haben und Problem-Sein. „Der Mann" muß sehen, daß er und sein Konstrukt in erster Linie ein Problem *ist* - für Andere.

Und zu diesen Anderen gehören auch die Frauen. Auch wenn die Dekonstruktionsversuche einseitig blieben und ausgerechnet von denjenigen vorangetrieben würden - den Frauen -, die die patriarchale Realität zumindest nicht erfunden haben - auch dann müßten wir sie tun. Auch der einseitige Versuch würde zumindest unserer Glaubwürdigkeit dienen.

Anmerkung:
(1) Siehe Hannah Arendt: Vita Activa oder Vom tätigen Leben, München 1981, S. 15 ff Dies.: Was ist Politik? München 1993, S. 9 ff. Es steht an, die Gedanken von Hannah Arendt zu dem "im Plural erschaffenen Menschen" mit dem Denken der Differenz zu verbinden und für eine feministische Teheorie und ein feminististisches Politikverständnis fruchtbar werden zu lassen.

Literatur:

ARENDT, Hannah: Vita Activa oder Vom tätigen Leben, München 1981
DIES.: Was ist Politik?, München 1993
BAUMANN, Zygmund: Moderne und Ambivalenz - Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg 1992
BENHABIB, Seyla: Feminismus und Postmoderne. Ein prekäres B ündnis, in: Seyla Benhabib, Judith Butler, Drucilla Cornell, Nancy Fraser, Der Streit um Differenz. Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart, Frankfurt/M. 1993
BUTLER, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt/M. 1991
DIES.: Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der "Postmoderne", in: Seyla Benhabib, Judith Butler u.a., a.a.O.
DUDEN, Barbara: Die Frau ohne Unterleib: Zu Judith Butlers Entkörperung, in: Feministische Studien, 11. Jg., Nr. 2, 1993
Fraser, Nancy: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht, Frankfurt/M. 1994
GILDEMEISTER, Regine/WETTERER, Angelika: Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung, in: Gudrum-Axeli Knapp, Angelika Wetterer (Hrsg.), Traditionen, Entwicklungen feministischer Theorie, Freiburg (Breisgau), 1992
HABERMAS, Jürgen: Die Moderne - ein unvollendetes Projekt, Frankfurt/M. 1990
HAGEMANN-WHITE, Carol/RERRICH, Maria S.: FrauenMännerbilder, Forum Frauenforschung Bd.2, Bielefeld 1989
LANDWEER, Hilde/RUMPF, Mechthild: Kritik der Kategorie "Geschlecht". Streit um Begriffe, Streit um Orientierungen, Streit der Generationen? in: Feministische Studien a.a.O.
LYOTARD, Jean-Francois: Postmoderne für Kinder, Briefe aus den Jahren 1982-1985, Wien 1987
LIST, Elisabeth: Die Präsenz des Anderen. Theorie und Geschlechterpolitik, Frankfurt/M. 1993
THÜRMER-ROHR, Christina: Verlorene Narrenfreiheit, Berlin 1994

(aus: "beiträge zur feministischen theorie und praxis", Heft 39/1995 geklaut)

Bekanntmachung von Vergewaltigerverteidigern
Geschichten aus dem patriarchalen "Normalzustand"

Was wir im Folgenden darlegen, ist schon an vielen Orten mündlich weitergegeben worden, jedoch manchmal mit falschem Sachverhalt. Um weiteren Gerüchten entgegenzuwirken, veröffentlichen wir hier eine sehr detaillierte Darstellung:

Thommy Herzog (T.H.), in Berlin bekannt als linker Anwalt, hat ein Jahr lang in einem Gerichtsverfahren, in dem es um Autoschieberei ging, ein Pflichtmandat übernommen, obwohl es sich bei dem Mandanten um einen Vergewaltiger handelt. (An der Stelle ist zu bemerken, daß Anwältinnen und Anwälte die Möglichkeit haben, aus inhaltlichen Gründen, eine Pflichtverteidigung niederzulegen, z.B. gelegentliche Praxis gegenüber Rassisten/Faschos).

T.H. hatte in der gleichen Strafsache bereits eine andere der Beschuldigten verteidigt, durch die T.H. an das betreffende Mandat gekommen ist. T. H. nahm wie gewöhnlich kurz nach Übernahme des Mandats Akteneinsicht. D.h. ab diesem Zeitpunkt wußte er 100 %ig, daß sein Mandant ein Vergewaltiger ist! Dieser saß deshalb gerade im Knast! Der Prozeß dauerte ungefähr 1 Jahr (ca. 60 Verhandlungstermine) Gegen Ende des Verfahrens überreichte der Mandant T.H. eine gerichtliche Ladung bezüglich einer Führungsaufsicht, die ihm aus seiner derzeitigen Haftstrafe (Vergewaltigung) drohte. Aus der Vorladung war allerdings nicht ersichtlich, daß es sich dabei um eine Führungsaufsicht bezüglich der Vergewaltigung handelt. Da T.H. diesen Termin nicht wahrnehmen konnte, bat er eine Kollegin, den Termin für ihn zu übernehmen und sich für ihn als anwaltliche Vertreterin zu legitimieren. Als die Kollegin den Inhalt des Termins erfuhr, lehnte sie es ab, diesen wahrzunehmen und gab T.H. die Unterlagen zurück, da sie nicht bereit war, in einem Vergewaltigungsverfahren die Verteidigung zu übernehmen. Daraufhin übernahm T. H. die Vertretung in dem Verfahren; (Führungsaufsicht wird in schweren Fällen von z.B. Vergewaltigung auferlegt und ggf. auch praktiziert. Im allgemeinen ist die Rolle des Verteidigers darin, die Führungsaufsicht schon bevor sie angeordnet wird, entweder außer Kraft zu setzen oder sie mindestens abzumildern; dabei hat der Anwalt, wie sonst auch immer, die Rolle, voll und ganz hinter seinem Mandanten zu stehen.).

Gegen Ende des Autoschieberprozesses wurde einer der Mitarbeiterinnen des Büros durch T. H. die Verfahrensakte zur Anfertigung eines Schriftsatzes übergeben. Als die Mitarbeiterin sah, daß der Inhalt des Verfahrens eine Vergewaltigung war, konfrontierte sie T.H. damit und forderte ihn direkt auf, das Mandat niederzulegen. In der Folge wurde dann eine Bürobesprechung zu diesem Thema einberufen, in der T.H.'s Verhalten problematisiert, Auseinandersetzungen eingefordert, und die Forderung an alle Anwälte des Büros gestellt wurde, nicht nur in keinem Vergewaltigungs-Verfahren tätig zu werden (was eh Konsens war), sondern überhaupt keine Sexisten/Vergewaltiger zu verteidigen egal in welchen Verfahren. Im Speziellen nochmals die Forderung an T.H., bezüglich der Führungsaufsicht sofort das Mandat niederzulegen. Diese Forderung wurde akzeptiert.

Auf seine Handlungen bezüglich der Führungsaufsicht angesprochen, sah T.H. diese als Fehler (!) an. Er erklärte, daß er es nur gemacht hätte, weil der Vergewaltiger schon so lange sein Mandant sei, daß er dies für einen neuen Mandanten nicht gemacht hätte. Weiter behauptete er, daß die Führungsaufsicht inhaltlich nichts (!) mit dem Vergewaltigungsverfahren zu tun hätte, sondern nur technisch damit im Zusammenhang stünde. Diese Erklärung wurde von den anderen Rechtsanwälten des Büros nicht akzeptiert.

Hinsichtlich des Mandats im Autoschieberprozeß meinte T. H., daß das Verfahren platzen würde, wenn er die Verteidigung niederlegen würde, da so schnell kein anderer Verteidiger einspringen könne, weil nicht mehr genügend Zeit zur Einarbeitung bliebe. Er würde deshalb bei Niederlegung des Mandats die Kosten des Verfahrens tragen müssen und das Büro könnte dann gleich schließen, weil dies die finanziellen Mittel übersteigen würde.

Aus T.H.'s Verhalten schließen wir, daß er die Forderung, das Mandat niederzulegen, nie ernst genommen hat. Er hat es nie wirklich in Betracht gezogen, das Verfahren auch zu dem späten Zeitpunkt abzugeben. Außerdem hatte er bereits ein Jahr lang "verschwiegen", daß sein Mandant ein Vergewaltiger ist.

An dieser Stelle müssen wir noch anmerken, daß T.H. in der Zeit des Prozesses gegen die Antifaschistinn/en im sog. "Kaindl - Prozeß", in dem er einer der Verteidiger war, im privaten Gespräch mit einzelnen aus dem Unterstützerinnenkreis verkündet hat, er würde keine Vergewaltiger verteidigen!!! Da beide Prozesse sich zeitlich überschnitten haben, hat T.H. ganz bewußt gelogen; gleichzeitig hat er die Tatsache, daß sein Mandant ein Vergewaltiger ist, die ganze Zeit über in seinem Büro "verschwiegen".

Noch während der Zeit der Auseinandersetzungen im Büro, wurde die Instanz durch Urteil beendet. Daraufhin meinte T.H., er müsse zur Einhaltung der kurzen Frist, die Revision noch einlegen. Er meinte, ob er diese auch begründen werde, müßte auf der nächsten Bürobesprechung diskutiert werden. Auf dieser vertrat er die Ansicht, er müsse ganz klar die Revision begründen, weil es dem Mandanten nicht möglich sei, einen Anwalt zu finden, der sich innerhalb eines Monats in das umfangreiche Verfahren einarbeitet. Den Mandanten damit hängen zu lassen, könne er mit seiner Anwaltsehre nicht vereinbaren - was nicht falsch - als Solidarität zum Vergewaltiger verstanden werden solle. Auch würde er sich mit dem Vergewaltiger nicht auseinandersetzen. Am Ende der Diskussion ließ T.H. sich darauf ein, nach einem neuen Anwalt zu suchen.

In der darauf folgenden Woche waren Mitarbeiterinnen gezwungen, bei den Anwälten des Büros nachzufragen, ob T.H. das Mandat tatsächlich niedergelegt hat. Von sich aus hat keiner der Anwälte die Mitarbeiterinnen informiert. Das Problem "löste" sich dadurch, daß der Vergewaltiger-Mandant davon Abstand nahm, ein Revisionsverfahren durchzuführen.

Für die Zukunft wurde durchgesetzt, daß die Anwälte des Büros keine Vergewaltiger/Sexisten verteidigen; weder Pflicht- noch Wahlmandate.

Nach dem "Wunsch" einiger Anwälte (alle Männer) wollen sie bei Wahlmandanten (gemeint sind die Typen aus dem persönlichen Bekanntenkreis bzw. Scene der Rechtsanwälte des Büros) überprüfen, ob der Vergewaltiger/Sexist sich über seine Taten auseinandergesetzt und ob eine Veränderung stattgefunden hat, und deshalb ihrer Meinung nach eine Verteidigung wieder möglich wäre.

Warum veröffentlichen wir diese so geläufige und keineswegs außergewöhnliche Geschichte innerhalb des patriarchalen Systems? Wir finden es besonders wichtig, in einer politischen Situation wie der aktuellen, (Schwächung der feministischen Bewegung/Linken, Rücknahme grundsätzlicher, kämpferischer Positionen, Aufgabe radikaler konsequenter Haltung/Praxis, Rollback in der feministischen/linken Bewegung, ...), das sexistische Verhalten von sog. linken Männern und ihre Person öffentlich zu machen.

Gerade in den letzten Jahren gab es im Zuge des Rollbacks wieder verstärkt Angriffe auf die feministische Bewegung, auf Frauen, durch Männer der gemischtgeschlechtlichen (gemgesch.) Linken. Denn jedes Territorium, in dem nicht gekämpft wird, wird von reaktionären Positionen okkupiert, die der Aufrechterhaltung des Systems dienen.

Die sog. antipatriarchalen Ansätze innerhalb der gemgesch. Linken sind unter massivem Druck durch die Kämpfe von Feministinnen durchgesetzt und niemals freiwillig von Männern angenommen worden. Seit ca. 2 Jahren werden wieder verstärkt bundesweit Täter, Täterschützer und deren Taten innerhalb der gemgesch. Linken durch Lesben/Frauen, Feministinnen offen gemacht.

Ziel dieser Initiative ist es unserer Meinung nach, Lesben/Frauen zu ermöglichen, das System des Patriarchats, das innerhalb der Linken ebenso existiert, zu erkennen. Diese Unterdrückung zu beenden und unsere Würde als Frauen wiederhe rzustellen und zu verteidigen heißt: Solidarität unter uns Frauen herzustellen, als eine der Grundlagen um sich gemeinsam zu organisieren und zu kämpfen. Diese Initiative begreifen wir auch als eine Fortführung des Kampfes gegen Sexismus und das Zurückdrängen des momentanen Rollbacks und

für eine vom imperialistischen Patriarchat befreite Gesellschaft!!!

T.H. ist nur einer unter vielen sog. linken Anwälten, der sich in der linken Öffentlichkeit das Image eines fortschrittlichen Anwalts geben will. Er war vor einigen Jahren an Auseinandersetzungen zwischen Anwältinnen und Anwälten beteiligt, in denen die feministische Forderung, als linke/linker Antwältin/Anwalt keine Vergewaltiger zu verteidigen, Thema war. Damals schlossen sich viele Anwältinnen und Anwälte dieser Forderung an, z.B. auch T.H. und der Ermittlungsausschuß in Berlin (EA). Das heißt im Klartext, TH gibt vor, sich eine eigene Position erkämpft zu haben und verschweigt dann aber, entgegen dieser Postition zu handeln. Aber gerade wenn sich jemand damit auseinandergesetzt haben will, muß er daraus auch konsequentes Handeln ableiten.

T.H. ist mit seinem Verhalten durchaus kein Einzelfall! Mittlerweile gibt es viele sog. linke Anwälte/Anwältinnen, die

vormals keine Vergewaltiger verteidigt haben, dies heute aber wieder tun, bzw. es nicht klar haben, daß a) Vergewaltigung nicht verjährt, auch nicht abgesessen werden kann und daß es b) demzufolge nicht nur um den jeweiligen Vergewaltigungsprozeß gehen kann, sondern alle Bereiche des Lebens des Täters betrifft, genauso wie es für die vergewaltigte Frau mit Prozeßende nicht vorbei ist, sondern ihr gesamtes weiteres Leben durchzieht.

Als nur zwei weitere Beispiele nennen wir Matthias Zieger und Felicitas Selig, die sich selbst fortschrittlich nennen und gleichzeitig Mißbraucher und Vergewaltiger verteidigen.

Der EA (T.H. sitzt auch da drin) hat entgegen seines Beschlusses von vor einigen Jahren mittlerweile eine Liste mit Anwältinnen und Anwälten, die "korrekt" sind und solchen (mit Sternchen versehen), die Vergewaltiger/Sexisten verteidigen, die der EA an Frauen/Männer vermittelt, falls sie Verteidigung benötigen. "Fairerweise" werden diese bei der Vermittlung informiert, ob sie es mit einem Täterschützer zu tun haben oder nicht.
Z.B. wußten die verhafteten Antifaschisten/Antifaschistinnen, daß einige ihrer Verteidiger Täterschützer/in sind. Trotzdem haben sie sich für sie entschieden. D.h., anstatt sich konsequent zu verhalten und eine Verteidigung durch Täterschützer/Täterschützerinnen abzulehnen, haben sie durch weitere Beauftragung die Legitimation ihres Handelns (einen Vergewaltiger zu verteidigen) ermöglicht.
D.h. wiederum, sie haben es gebilligt, zugelassen, weil es ihnen nicht erna ist, mit dem Kampf gegen Sexismus und mit revolutionären feministischen Positionen. Die Antifas und der EA arbeiten Täterschützer/innen zusammen und ergreifen somit Partei gegen die vergewaltigten Frauen/Mädchen und für den Vergewaltiger und für seine Taten. An dieser Stelle fordern wir eine <u>politische</u> Stellungnahme der Angeklagten im Kaindl-Prozeß zu ihrer Herangehensweise und Umgehensweise in der Auswahl ihrer Anwält/e/innen.
Wir nehmen T.H. stellvertretend für alle Anwälte, die so handeln wie er, raus. Tatsache ist, T.H. ist - wie alle Anwälte, die so handeln - ein Täterschützer! Täterschützer sind für uns um nichts weniger schlimm als Täter selbst, denn jeder und jede hat die Wahl auf wessen Seite er/sie sich stellt, die des Täters, oder parteilich auf die Seite der Frau/des Kindes. Mit ihrem Verhalten tragen sie zur weiteren Aufrechterhaltung sexistischer und sexueller Gewalt gegen Frauen bei. Ihr Interesse ist der Fortbestand des patriarchalen Systems. T.H. hat sein von sich gezeichnetes Image selbst nie ernst genommen, genausowenig wie er den Kampf gegen Sexismus, gegen Vergewaltiger ernst genommen hat. Er hat sich niemals wirklich über seine Rolle als Mann in diesem System auseinandergesetzt, denn eine wirkliche Auseinandersetzung zieht konsequentes Handeln nach sich. All das können wir nach seinen Argumenten und seinem Verhalten mit Sicherheit sagen. Z.B. erklärt T.H., daß die Verteidigung von Faschisten für ihn klar ausgeschlossen sei (und das auch in einer Verkehrsunfallsache), bezüglich der Verteidigung von Vergewaltigern, wäre das eine andere "Sache"!

Für uns Lesben/Frauen KANN Vergewaltigung nie verjähren ist nie durch staatliche Justiz abgebüßt, abgesessen.
Ein Vergewaltiger bleibt bis zu seinem Tod das, was er ist, ein Vergewaltiger!

Bei Vergewaltigung gibt es keine Wiedergutmachung!

Die denen Anwaltsehre und Bequemlichkeit wichtiger sind, als der konsequente Kampf gegen Sexismus, sind Täterschützer (bzw. deren verlängerter Arm), denn sie stellen sich vor den Täter und seine Taten.
Damit greifen sie erneut alle Frauen/Mädchen an und entsolidarisieren sich von der feministischen Bewegung; damit stehen sie auf der anderen Seite.

Es gibt gegenüber Vergewaltigern nur eine mögliche Verhaltensweise:

Solidarität mit den Mädchen/Lesben/Frauen, und konsequente Offenmachung des Täters und seiner Taten. Darüber hinaus die Verhinderung sexistischer und sexueller Gewalt mit allen Mitteln durch die Frauen und Männer.

Vergewaltigung/sexistische Über- und Angriffe sind keine vereinzelten Taten und keine "Sexualdelikte". Für uns Frauen sind es Gewaltakte, die System haben (ums zum x-ten Mal in eure Herzen und Köpfe zu bringen) Vergewaltigung ist Mord an der Seele der Frau und bedeutet gezwungenermaßen lebenslange Auseinandersetzung damit, gleichzeitig ist sie Befriedigung männlicher Machtausübung. Die Ausübung sexistischer Gewalt ist Krieg gegen Mädchen/Lesben/Frauen. Die Verteidigung dieser Machtausübung dient ausschließlich dem Erhalt des imperialistischen Patriarchats. Dagegen setzen wir revolutionären Feministinnen das Prinzip der Parteilichkeit für die Frau!
Anwälte wie T.H. bekämpfen mit ihren Handlungen aktiv dieses Prinzip.

Nun zu dem "Wunsch" einiger Anwälte aus T.H.'s Büro, selbst als Männer, die Mandanten zu überprüfen, ob sie sich als Vergewaltiger verändert hätten:

Linke Männer leugnen so das System sexistischer Gewalt und die Massenbewegung von Vergewaltigern. Je näher der Täter sich in ihrem Umkreis bewegt, oder sie gar mit ihm befreundet sind, desto unwahrscheinlicher wird es, daß sie Vergewaltigung an Frauen anerkennen und sich parteilich hinter die Frau stellen, d.h. auch sich konsequent gegen den Vergewaltiger stellen. Sehr verbreitet und beliebt unter sog. linken Männern ist die Annahme, Vergewaltiger könnten sich ändern, so lange das patriarchale System nicht grundlegend geändert ist (null Dialektik).
In der Folge heißt das: Kein Typ muß sich mit der Tat, und die Folgen für die Frau, mit sich selbst als potentiellem Täter, Täterschützer konfrontieren und auseinandersetzen! Wer so denkt und handelt, wird auch nicht aktiv gegen Sexismus auf Seiten der Frauen kämpfen! Sie leugnen die alltägliche Realität, den alltäglichen Krieg gegen Frauen und ihre eigene Rolle. Darin sind sie Täter und Täterschützer zugleich. Wer die Lösung in der Veränderung des Täters sieht, entpolitisiert, individualisiert und erklärt den Täter letztendlich zum Opfer.

Wenn T.H. sein Verhalten bezüglich der Verteidigung eines Vergewaltigers lediglich als "Fehler" tituliert, heißt das, sexistische Gewalt, Vergewaltigung, Täterschutz wird zu einem

"schlimmen Ausrutscher", nicht mehr, für den mann (so wie T.H. auch) sich später nur zu entschuldigen braucht.
Damit wäre die Sache wieder geritzt.

Wir stellen klar, daß wir mit denen, die sich nicht eindeutig und konsequent gegen sexistische Gewalt stellen, nichts gemeinsam haben.

Vorausblickend und -ahnend weisen wir jetzt schon daraufhin, daß eine nicht vorhandene Gemeinsamkeit auch nicht gespalten werden kann, (falls der dumme Spruch kommen sollte, wir Lesben/Frauen würden spalten). Eine Gemeinsamkeit wurde schon durch Vergewaltigung und Täterschutz zerstört.

Wir denken, daß Anwälte/Anwältinnen, die sich der Linken zugehörig fühlen und sich auch so bezeichnen, immer eine politische Verantwortung gegenüber revolutionären feministischen/linken Grundsätzen/Positionen zu übernehmen haben und nicht gegenüber dem bürgerlichen Berufsethos als Anwalt/Anwältin.

Forderungen an "linke" Anwältinnen/Anwälte:

- eine ernsthafte selbstkritische, für uns Frauen nachprüfbare Auseinandersetzung über ihre eigene Position als weiße Männer und über die feministische Forderung keine Vergewaltiger/Sexisten zu verteidigen.
- diese Forderung konsequent zu praktizieren (egal, ob es sich um die Verteidigung eines Vergewaltigers/Sexisten in einem Vergewaltigungsprozeß, um sexuelle Gewalt oder sich um ein anderes Verfahren handelt)

Forderungen an den EA:

- Öffentliche Diskussion über ihre bisherige antifeministische Praxis
- Durchsetzung einer konsequenten parteilichen Praxis für Frauen, d.h. keine Anwältinnen vermitteln, die weiterhin Sexisten/Vergewaltiger verteidigen (dies soll für Lesben/Frauen überprüfbar sein).

Forderungen an die feministischen Anwältinnen:

- sich verstärkt untereinander zusammenschließen
- konsequentes kritisches Verhalten gegenüber ihren männlichen Kollegen
- die Täterschützerkollegen mit ihrem Verhalten konfrontieren, Forderungen stellen, unter Druck setzen, ggf. die Zusammenarbeit abbrechen, sie und ihre Taten öffentlich machen

Forderungen an die revolutionären feministischen Strukturen bzw. autonomen Lesben/Frauen:

- schließt euch zusammen
- organisiert euch AUCH gegen Sexisten/Vergewaltiger und Täterschützer und, deren Taten, macht sie offen
- solidarisiert euch mit anderen Mädchen/Lesben/Frauen

"Befreiungskampf orientiert sich an der revolutionären Feminisma oder führt in ein reformiertes Patriarchat".

Revolutionäre Feministinnen — Berlin, August `95



FrauenLesben leisten Widerstand gegen die Kriminalisierung revolutionärer, linksradikaler Politik !

Ihr habt von der bundesweiten Razzia am 13. 6. 95 wegen der AIZ (antiimperialistische Zelle), der Gruppe das K.O.M.I.T.E.E. und der Zeitung RADIKAL gehört. Die Durchsuchungen richteten sich direkt gegen die gemischten, linksradikalen Zusammenhänge. Vielleicht deshalb glaubt Ihr deshalb damit nichts zu tun zu haben?

Der Staatsschutz ließ es sich jedoch bei der Gelegenheit auch nicht nehmen in FrauenLesbenstrukturen herumzuschnüffeln. So gab es Durchsuchungen gegen den Frauenbuchladen in Bremen, den FrauenLesbenraum in Köln, das Büro der Frauengruppe Courage in Lübeck, sowie den Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen in Neumünster. Außerdem beschlagnahmte der Staatsschutz bei den durchsuchten Frauen Material über den FrauenLesbenwiderstand.

„Die Aktion war eine zielgerichtete, präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene" (Zitat von Innenminister Kanther am Abend nach den Durchsuchungen)

Die Tatsache, daß sich die Durchsuchung gegen die drei so unterschiedlichen Gruppen AIZ, Komitee und Radikal richtete, kann nur im Zusammenhang mit der von ihnen vertretenen Politik gesehen werden. Es geht dem Staat darum radikale Inhalte und militante Politik anzugreifen. Die drei Gruppen stehen hierfür. So richtete sich z.B. der versuchte Anschlag auf den Abschiebeknast, der dem Komitee zugerechnet wird, gegen die menschenverachtende Asyl- und Abschiebepolitik der BRD. Die AIZ bringt mit Aktionen wie beispielsweise dem Anschlag auf das Rechtshaus (Teil des juristischen Fachbereichs der Universität Hamburg) antiimperialistische Inhalte in die Diskussion. Die Zeitschrift Radikal veröffentlicht die verschiedensten Themen : Die Geschichte des Widerstands, Artikel zu Sexarbeiterinnen, Antifa, u.v.a. und bietet damit die Möglichkeit der Information und Diskussion. Die Auseinandersetzung mit radikaler Politik ist immer weniger öffentlich zugänglich, wodurch wichtige Debatten und eine Politisierung erschwert werden. Um linksradikale Politik zu betreiben ist es wichtig solche Foren zu erhalten. Um dies trotz staatlicher Repression zu ermöglichen, wird die Radikal verdeckt hergestellt; dabei wird die Diskussion über militanten Widerstand nicht ausgeklammert. Für uns ist es wichtig diesen Widerstand zu unterstützen und unsere eigenen Kämpfe voranzutreiben und weiterzuentwikkeln.

Wir FrauenLesben haben Kritik an den HERRschenden Verhältnissen und arbeiten organisiert oder individuell, bewußt oder unbewußt gegen das patriarchale System. **FrauenLesbenwiderstand gegen das Patriarchat entwickelt und organisiert sich zu und an vielen Punkten; zu Flucht und Asyl, gegen imperialistische Kriege, gegen Heterosexismus, gegen Faschismus und Rassismus. FrauenLesbenwiderstand entwickelt sich in internationaler Solidarität mit Befreiungsbewegungen weltweit.**

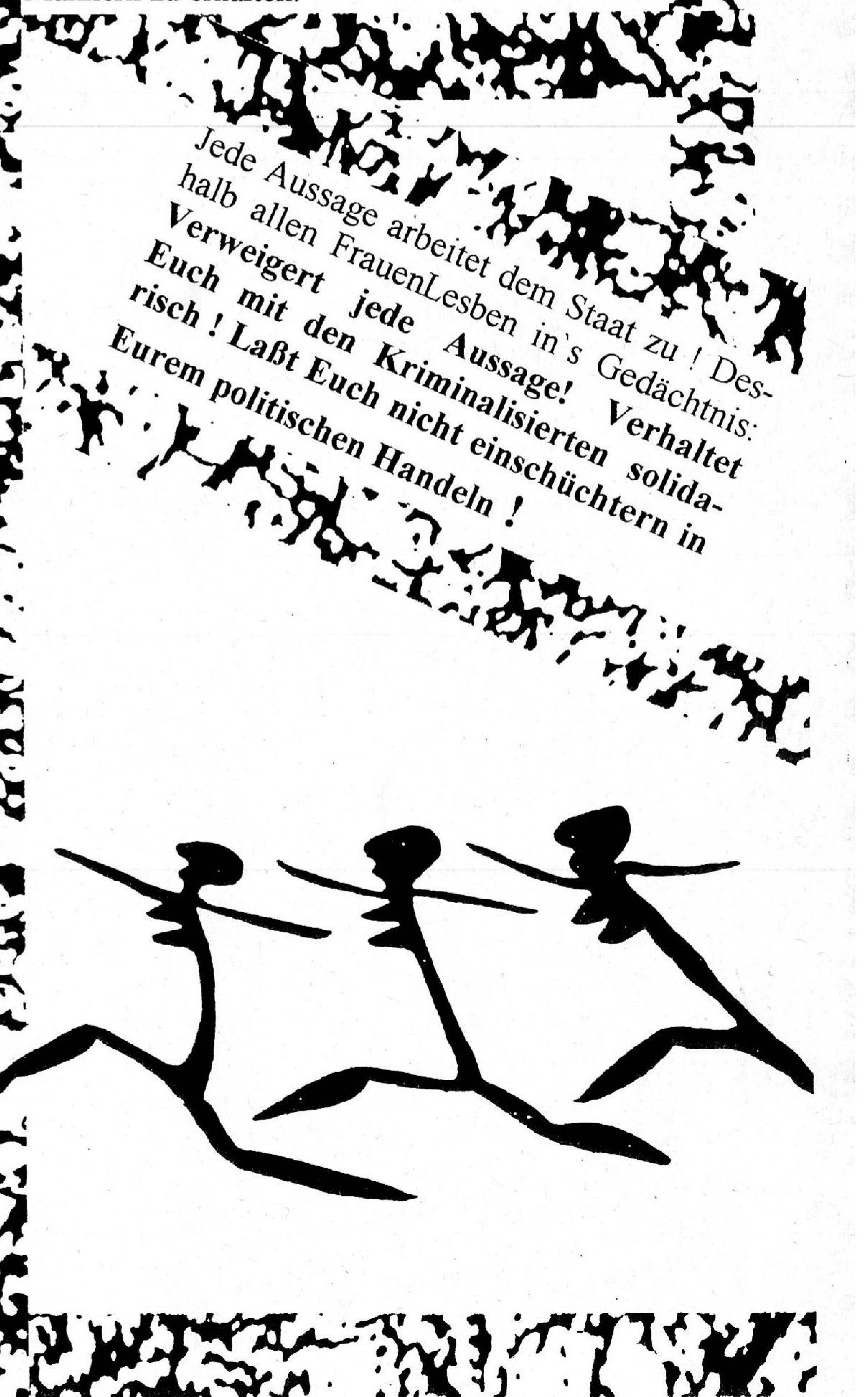


Wir sehen die Unterdrückung von FrauenLesben in direkter Abhängigkeit zu allen Unterdrückungsstrukturen. Deshalb beinhaltet der Kampf von FrauenLesben um Befreiung den Kampf gegen jegliche Art der Unterdrückung. Immer wieder schließen FrauenLesben dabei Bündnisse mit der „gemischten“ linksradikalen Bewegung. So haben FrauenLesben z.B. an der Kampagne gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1992 teilgenommen, sind in Bonn 1993 bei der Asylgesetzänderung gegen die Festung Europa eingetreten, haben 1994 in Bremen gegen die Wiedervereinigung ihre Inhalte auf die Straße getragen. FrauenLesben finden es wichtig ihre Inhalte einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und tragen sie deshalb auch in die „gemischten“ Zusammenhänge. So erschien z.B. in der letzten Ausgabe der Radikal eine Erklärung der Kabelbeißerinnen, die die zunehmende Sendung von Pornos in der Glotze kurzzeitig unterbrochen und in ihrer Erklärung die sich verschärfende sexuelle Gewalt und HERRschaftsstrukturen analysiert haben. Hier zeigen sich Überschneidungen und z.T. auch Nähe zu der „gemischten“, linksradikalen Bewegung und den von den staatlichen Verfolgungsbehörden mit besonderem „Interesse“ bedachten Themenkomplexen. **Die Razzia geht uns deshalb auch an !!! Wir sollten dafür sorgen, daß der Versuch der Einschüchterung nicht aufgeht.**

Solange sich Widerstand regt und organisiert wird der Staat versuchen, ihn zu spalten und zu unterdrücken. Die Ruhe im Land ist eine Voraussetzung für ihn, die agressive Politik nach innen und außen durchzusetzen. Aktuell heißt das für sie in Ex-Jugoslawien Krieg zu führen, schon immer hieß es für sie, sich an Unterdrückung, Verfolgung und Völkermord in den drei Kontinenten zu beteiligen. Dies geschieht seit Jahren in Kurdistan. Gleichzeitig versucht die BRD die kurdische Befreiungsbewegung, die die stärkste Exilbewegung hier stellt, mit dem § 129 a zu ersticken. So fanden am 29. 6. 95 im Rhein-Main-Gebiet 91 Hausdurchsuchungen, sowie 29 Festnahmen und erkennungsdienstliche Behandlungen statt. Von dieser Repression ist auch die YAJK (Fraueneinheit im kurdischen Befreiungskampf) betroffen. Die meisten politischen Gefangenen in der BRD sind KurdInnen. Sie haben mit härteren Konsequenzen zu rechnen, als politisch Verfolgte mit deutschem Paß, wenn sie sich für ihre politischen Rechte einsetzen. Kriminalisierung bedeutet für sie neben Organisierungsverbot und Knast auch Abschiebung - und damit Folter und Tod. Für uns FrauenLesben ist es wichtig unseren Kampf um Befreiung mit dem der KurdInnen zu verbinden und uns mit ihnen gegen die staatlichen Angriffe zu solidarisieren.

Solidarität heißt für uns, sich mit den angegriffenen Zielen auseinanderzusetzen und diese Inhalte offensiv zu vertreten!

Die bundesweiten Durchsuchungen am 13.6.95 gegen die linksradikale Bewegung waren breit angelegt. Nicht nur auf die Beschuldigten wird massiv Druck ausgeübt, sondern auch auf deren FreundInnen, GenossInnen und MitbewohnerInnen von heute und früher. Dabei hofft der Staatsschutz Aussagen von diesen Frauen und Männern zu erhalten.



Nachbemerkungen zur Anti-Repressions-VV

Angesichts der Ereignisse dieses Sommers um die Fahndungsaktivitäten, Durchsuchungen und Festnahmen im Zusammenhang mit Radikal, AIZ und K.O.M.I.T.E.E. war die VV vom 13. August schon lange überfällig, um der von Kanther proklamierten Wirkung, die linksradikale Szene zu verunsichern, etwas entgegenzusetzen. Im öffentlichen Rahmen eine fruchtbare Diskussion über Repression, Anti-Repressionsarbeit im allgemeinen und über Bedeutung, Wirkung und Gegenmaßnahmen im besonderen zustande zu bringen, ist mit vielen Unsicherheiten, Ängsten und Gefahren verbunden und bedarf grundlegender Überlegungen zu Inhalt, Verlauf und Struktur einer solchen Veranstaltung. Angesichts des Verlaufes dieser Veranstaltung möchte ich einige Gedanken, Fragen und Anregungen aufwerfen.

Zum Inhalt der Veranstaltung läßt sich feststellen, daß jenseits von Fakten, Zusammenfassungen und Einschätzungen, die die Anti-Repressionsgruppe gegeben hat, nur sehr wenig und sehr eingeschränkt diskutiert wurde. Abgesehen von Informationen über die direkt mit Repression bedrohten konzentrierte sich alles auf Diskussionen um die Radikal. Diskussionen um AIZ und K.O.M.I.T.E.E. wurden (verständlicherweise?) nicht geführt. So wichtig und richtig eine Bestandsaufnahme und Einschätzung der Wirkung und Bedeutung einer Zeitung wie beispielsweise der Radikal ist - wenn sich, angesichts der Situation, daß von Repression bedrohte Menschen in kürzester Zeit folgenschwere Entscheidungen treffen müssen, die Diskussion *darauf* beschränkt, um dann über die allgemeine Verfassung der linksradikalen Szene zu lamentieren, ist das nicht nur traurig und dünn, sondern dokumentiert und bestätigt die eigene Verfasstheit.

Die Diskussion um unser Verhältnis zur Pressefreiheit war nicht weniger ernüchternd. Gegen Pressefreiheit zu sein, zeugt weder von historischem, noch internationalistischem Verständnis dessen, was hier in langen Kämpfen erreicht wurde. In der Türkei beispielsweise werden Menschen mit Folter und Tod bedroht, wenn sie eine nichtregierungstreue Zeitung herausgeben wollen. Linksradikale Politik, als Öffentlichkeitsarbeit betrieben, aber auch generell, hat ihre Basis in der Legalität. Dies zu vergessen oder zu verleugnen ist Ausdruck eines falsch verstandenen Militanzbegriffes und verstellt den Blick für manchmal sehr effektive Handlungsmöglichkeiten. Dabei ist es nicht unwichtig sich zu vergegenwärtigen, wie Pressefreiheit und Presserecht ausgestaltet sind, und wo linksradikale Politik die jeweils geltenden Grenzen, Beschränkungen und Verbote überschreitet bzw. überschreiten will und muß, wenn Menschen ihre Ziele ernst nehmen.

Für eine Bewertung der Ereignisse um die Radikal ist es wichtig drei unterschiedliche Akteure zu unterscheiden. Staatsschutz, BAW und Innenministerium zum einen, die direkt Betroffenen im besonderen und die linksradikale Szene im allgemeinen zum zweiten, sowie die beobachtende Öffentlichkeit. Staatsschutz und Konsorten liegt ganz konkret viel daran, langfristige und stabile bundesweit organisierte Gruppen auszumachen und diese dann zu kriminalisieren. Zum anderen geht es ihnen darum, die Szene als solche einzuschüchtern. Der uninformierten Öffentlichkeit soll durch die Inszenierung der Durchsuchungen die Gefährlichkeit und Bedrohung des Staates präsentiert werden, um Gesetze verschärfen zu können, Gelder für Ausstattungshilfe ihrer Büttel zu erhalten und vom tatsächlichen Rechtsruck dieser Gesellschaft abzulenken. Dabei ist es ein geschicktes Konstrukt, Radikal, AIZ und K.O.M.I.T.E.E in einen Topf zu werfen.

Die Radikal praktiziert mit ihrem Konzept (Theoriearbeit, Dokumentation von militantem Widerstand sowie Anleitung für eine militante Praxis) eine Bündelung des BRD-weiten militanten Widerstandes und dies sowohl inhaltlich als auch strukturell. Klandestine Redaktions- und Vertriebsstrukturen sind selbstverständliche und notwendige Sicherheitsvorkehrungen, wobei klar sein dürfte, daß der hauptsächliche Grund dafür der Praxisteil ist. Ihre Bedeutung erhält die radi durch die Anzahl der Leute, die sie lesen und durch die Diskussionen, die sie vermittelt, verbreitet und anstößt. Sie ist damit Spiegel, Dokumentations- und Diskussionsforum der militanten Bewegung.Natürlich muß eine politische Bewegung ihre Medien und deren Bedeutung für sie selbst reflektieren, es ist aber mehr als merkwürdig, wenn eine solche Aufarbeitung Ausgangspunkt für eine dringend notwendige Solidaritätsarbeit wird. Daß dem aber tatsächlich so ist, kann doch nur ein Hinweis darauf sein, daß militante Praxis und entsprechende Strukturen

immer weniger gelebt werden. Die anknüpfende Frage wäre, ob das mit einem, durchaus berechtigten, kritischen Hinterfragen des Konzeptes der Kleingruppenmilitanz zu tun hat, oder die damit verknüpften Ziele und Utopien verloren zu gehen drohen, bzw. Anspruch und Wirklichkeit der militanten Szene immer weiter auseinanderklaffen, weil sich die alten Gewißheiten immer mehr aufzulösen scheinen.

Der **breiten Öffentlichkeit** bleiben all diese Prozesse und Motive der obengenannten Akteure erst einmal verborgen. Es ist aber genau dieselbe Öffentlichkeit, die über die Legitimität von Widerstand entscheidet und sich teilweise dafür mobilisieren ließe, für den als gerechtfertigt angesehenen Widerstand Partei zu ergreifen oder die Repression zu unterstützten.

Mit diesem Blickwinkel auf alle beteiligten Akteure, deren Verfasstheit, Motive und Ziele im Blick müßte es letztlich möglich sein eine tragfähige **Strategie zu entwickeln**, die konkrete und wirksame Unterstützungsarbeit für die direkt Betroffenen ermöglicht, und nicht den eigenen Ansprüchen hinterherrennt ohne dabei etwas zu bewirken.

Angesichts der als ergebnislos zu bezeichnenden VV und deren Schlußworten, die Diskussion auf die "Stammtischrunden" und Diskussionszirkel zu verlegen, möchte ich **zwei Vorschläge** machen:

Der **erste Vorschlag** bezieht sich auf unsere Diskussionsstruktur als solche, auf die **Vollversammlung**. Es ist angesichts Kriminalisierung und Repression völlig klar, daß die VV in ihrer altbewährten Struktur mehr verhindert als ermöglicht, dazu kommen die immer wieder feststellbaren Mängel wie fehlende gegenseitige Bezugnahme und dominantes Rede- und Diskussionsverhalten. Die Hoffnung, die unstrukturierten Gespräche danach glichen das aus, was im Plenum nicht erreicht wurde, ist nicht unberechtigt, aber wer kocht da welches Süppchen, wer bestimmt letztlich in welche Richtung sich die notwendige politische Arbeit entwickelt ?
Warum eine VV nicht besser strukturieren? Eine VV könnte die allgemeine Fragestellung und die entsprechenden Ziele nach kurzer Diskussion vorgeben.

Anschließend treffen sich die unterschiedlichen Kleingruppen, spontan zusammengewürfelt, bestehend aus einzelnen politisch arbeitenden Gruppen, FreundInnen,etc. und diskutieren im kleinen Rahmen die anstehenden Fragen. Sie sammeln und bewerten ihre Ergebnisse und im Anschluß daran stellt die Veranstaltungsgruppe die schriftlich festgehaltenen Ergebnisse der einzelnen Gruppen vor, woran sich noch eine weitere Diskussion anschließen könnte. Das ist jetzt alles kurz und knapp umrissen, könnte angesichts der Schwierigkeiten bei üblich strukturierten VV´s zumindest eine überlegenswerte Alternative sein.

Immer wieder angerissen, aber viel zu oberflächlich blieb eine Bewertung und Auseinandersetzung um die **Bedingungen**, unter denen politische Arbeit aber auch Aktionen einmal individuell möglich aber auch gesellschaftlich wirksam ist. Wenn, wie vorgeschlagen ganz, ganz viele von uns durch eine Selbstbezichtigungsaktion "ich habe die Radikal gemacht, verteilt,...o.ä." die Repression und Kriminalisierung ins Leere laufen lassen könnten, sind lange vorher intensive und entscheidende Auseinandersetzungen nötig. Dabei sind zum einen die individuellen Grenzen, aber auch der zu erwartende Rückhalt wichtige Faktoren für eine Handlungsbereitschaft. Wenn unsere sozialen Zusammenhänge wirklich so schwach und immer schwächer werden, wie es bei vielen Gesprächen und Diskussionen durchscheint, dann dürfte die Grundlage sehr dünn sein, um sich so weit aus dem Fenster zu lehnen, oder was sind weitere Gründe für die geringer werdende Bereitschaft konsequent zu handeln trotz der zu erwartenden Folgen?

Der **zweite Vorschlag** bezieht sich auf die Möglichkeit, **Kommunikationsbarrieren abzubauen**. Die von uns, die schon lange in der Szene sind, haben eine Menge Erfahrungen ganz unterschiedlicher Art, nicht nur was Wissen und Fertigkeiten anbelangt, sondern auch darüber, wie die eigenen Auseinandersetzungen verlaufen sind, welche Schwierigkeiten mann/frau dabei hatte und wie mit den eigenen Widersprüchen umgegangen bzw. nicht umgegangen wurde. Erfahrungen, die für die individuelle Auseinandersetzung wichtig und hilfreich sind. Gerade die jungen Frauen und Männer aus der Szene könnten eine Menge erfahren, was sie auf ihrem Weg unterstützt und ermutigt. In welcher Form eine entsprechende **Vermittlung** laufen kann, ist mir selbst auch nicht klar, aber wenn welche von uns eigene Erfahrung mit Repression und der Auseinandersetzung damit haben, sollten sie sich mal überlegen, wo und wie sie diese weitervermitteln können. Schade beispielsweise, daß niemand aus Rote / Bunte-Hilfe-Zusammenhängen angesichts der Brisanz und Aktualität des Themas einige Worte über Möglichkeiten einer Auseinandersetzung gegeben hat, denn Auseinandersetzung bedeutet mehr, als eine Broschüre zu lesen.

P.S.: Je genauer wir in den Diskussionen, Gesprächen und Auseinandersetzungen sind, umso leichter kann es uns gelingen, gemeinsam Widerstand zu entwickeln. Dabei kann es nicht darum gehen, Widersprüchlichkeiten aufzulösen, sondern vielmehr diese zuzulassen und offenzulegen.

Lebt und lest radikal ! Solidarität mit den Gefangenen Werner, Rainer, Ulf, Andreas und Ralf !

Legal, Illegal, Scheißegal?

Vertreibung der BewohnerInnen des Wohnheims Rhinstraße durch die ARWOBAU

Nach der Schließung des Wohnheims Havemannstraße und der Einführung von Eingangskontrollen in allen Blöcken, die von VietnamesInnen bewohnt wurden, im Heim Gehrenseestraße, betreibt die ARWOBAU derzeit die Schließung des Wohnheims Rhinstraße. Dieses Wohnheim ist derzeit das letzte Refugium, das denjenigen VietnamesInnen geblieben ist, die als AsylbewerberInnen nicht in Berlin gemeldet sind, sich jedoch hier aufhalten, und die nicht anderswo unterkommen konnten. Im Wohnheim leben jedoch auch noch viele ehemalige VertragsarbeiterInnen. 130 von ihnen haben (nach ARWOBAU-Angaben) einen WBS. Jedoch auch sie sind, wie alle anderen auch, akut von Obdachlosigkeit bedroht.

In den meisten Medien wurde völlig unkritisch die Version der ARWOBAU und der Ausländerbeauftragten von Lichtenberg, Marquardt, abgedruckt, die behaupteten, den legalen MieterInnen Ersatzangebote gemacht zu haben. Dies ist eine Lüge. Wir haben mit vielen legalen MieterInnen gesprochen. Das "Hilfsangebot", das ihnen gemacht wurde, bestand im Aushändigen eines Zettels mit den Anschriften der Wohnungsbaugesellschaften. Ihnen wurde nicht einmal Wohnraum in der Gehrenseestraße angeboten. Abgesehen davon ist die Gehrenseestraße für viele keine Alternative, da dies bedeutet: nicht in Berlin gemeldete AsylbewerberInnen dürfen nicht empfangen werden, kein Besuch mehr nach 22 Uhr etc. Am besten informiert war der Tagesspiegel: "Die Mieter gehen, die Mafia bleibt"(1.9.95). Seit Monaten spiegelt sich die Gleichsetzung "VietnamesInnen = Zigarettenmafia" in den meisten Medien wieder. Dies hat nichts mehr mit journalistischer Sorgfalt zu tun, das ist pure Ignoranz und Rassismus.

Chronologie der Ereignisse

Juli: Kündigung der MieterInnen von Block C für Ende August.
August: Kündigung der MieterInnen von Block B für Ende September und von Block D für Ende Oktober. Offizieller Kündigungsgrund: "Notwendige Instandsetzungsarbeiten."
29./30.8.: Der Heimleiter Kretschmann geht durch Block C und schüchtert die Leute ein. Er kündigt ihnen an, daß am 31. Strom und Wasser abgestellt und die Schlösser ausgetauscht werden.
31.8.: 4 Mieter legen über Rechtsanwalt Widerspruch gegen die Kündigung ein. Herr Lünsmann (Rechtsabteilung ARWOBAU) versichert dem Anwalt, daß weder Wasser/Strom abgestellt, noch Schlösser ausgetauscht werden.
Kretschmann geht in Begleitung von 2 Bullen durch Block C und droht den noch anwesenden VietnamesInnen, daß er sie mit Bullengewalt rausschmeißen würde, wenn sie nicht bis 15.30 Uhr das Gebäude verlassen hätten.
Abends fliegt eine Flasche aus einem Fenster. Sie verfehlt einen Wachschützer ganz knapp am Kopf vorbei, seitdem steht eine Wanne rund um die Uhr am Eingang. Die Bullen patroullieren ständig im Hof und um das Heim, kontrollieren willkürlich Leute und schüchtern sie ein.
1.9.: Die ARWOBAU schließt die 5 Eingangstüren von Block C, so daß er nicht mehr betreten werden kann.
2.9.: 2 FreundInnen, die über ein kaputtes Fenster in Block C eingestiegen sind, werden zufällig Zeugen, wie 2 Wachschützer sämtliche Türen im EG aufschließen und nach Verwertbarem durchsuchen.
4.9.: Über Anwalt stellen 4 der Mieter, die Widerspruch eingelegt haben, Antrag auf einstweilige Anordnung, daß ihnen

der Zugang zu ihren Zimmern wieder ermöglicht werden soll. In der Nacht von 4. auf den 5.9. bricht ein Feuer aus im Block C. Es wird jedoch schnell von der Feuerwehr gelöscht.

5.9.: Das AG Lichtenberg erläßt eine einstweilige Anordnung, nach der den 4 Antragstellern umgehend von der ARWOBAU Zugang zum Block C zu gewähren ist. Darüberhinaus soll die ARWOBAU ihnen jeweils 2 Schlüssel für den Eingang aushändigen. Abends gehen der Wachschutz und die Polizei gegen UnterstützerInnen vor. Die Polizei nimmt die Personalien einer Unterstützerin auf, sie wird kurz darauf durch den Wachschutz vom Gelände verwiesen.

6.9.: Die Antwort der ARWOBAU: die Eingangstüren werden mit Gittern zugeschweißt, die Fenster im EG (auf der dem Hof abgewandten Seite) vergittert. ARWOBAU-Bedienstete beginnen, alle Zimmer leerzuräumen. Zwei der Antragsteller nehmen im Beisein ihres Anwalts ihre Zimmer in Augenschein (wegen des Räumtrupps stand eine Türe offen). Sie müssen feststellen, daß ihre Zimmer leergeräumt sind. Sobald der Räumtrupp Feierabend hat, ist der Block wieder zu.
Kretschmann und Neubert (ARWOBAU-Beauftragter für Ausländerangelegenheiten) polemisieren gegen die 4 Antragsteller, dies seien "alles Kriminelle".

8.9.: Der Anwalt reicht einen weiteren Antrag auf einstweilige Anordnung für einen Vietnamesen nach. Da die ARWOBAU inzwischen Widerspruch gegen die einstweilige Anordnung eingereicht hat, ist der zuständige Richter diesmal nicht mehr bereit, wie im Fall der ersten 4 Vietnamesen eine einstweilige Anordnung zu erlassen.

Der Widerspruch der ARWOBAU wird am Donnerstag, 14.9., beim AG Lichtenberg verhandelt.

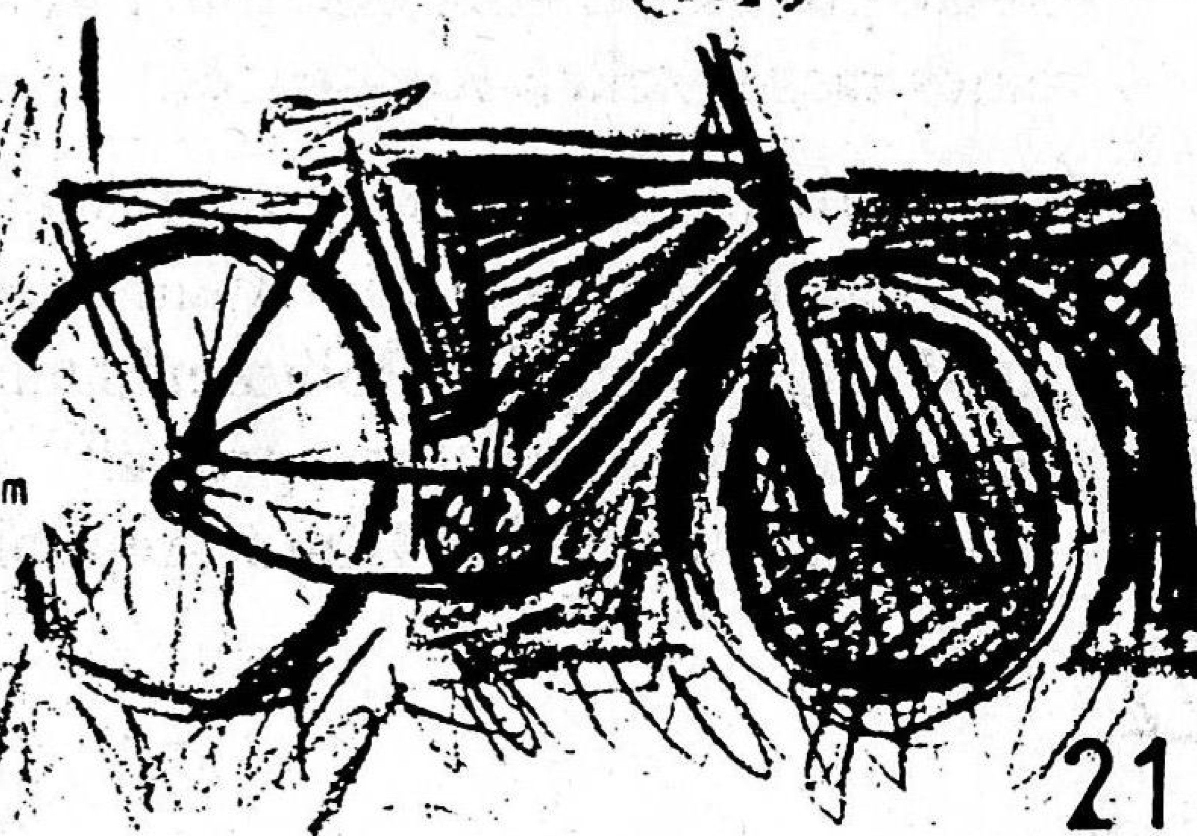
Erna und Bert

c/o Aktionsbündnis für Bleiberecht
bei der Antirassistischen Initiative e.V
Yorckstr. 59, 10965 Berlin

Anti-A20-

Daß unser Hüttendorf (der viel zitierte ständige Stachel im Fleische der PlanerInnen) natürlich nicht unangegriffen bleibt von den hohen Herren, konnte frau sich ja denken.
Wie immer, so wird also auch diesmal versucht, Widerstand auf eine widerliche Art und Weise hinten rum tot zu machen.
Der Pächter der Fläche, auf der sich das Hüttendorf befindet, wird schon seit einer Weile unter Druck gesetzt, was seinen vorläufigen Höhepunkt in einem Schreiben gefunden hat, in dem er unter Androhung von enormer Geldstrafen, aufgefordert wird, "den bebauungsrechtlichen Zustand" bis zum 4.10. bzw. 14 Tage danach wiederherzustellen.
Dadurch,daß der Druck nicht direkt auf uns, sondern indirekt über den Pächter ausgeübt wird (wir,die BewohnerInnen des Hüttendorfes, werdenin dem Schreiben gar nicht erst genannt, höchstens als Zustandsstörer bezeichnet (was stört hier mehr- wir oder die A20 ?)). wird versucht, uns die Möglichkeit eines Widerstandes dagegenzu nehmen, gleichzeitig wird versucht, die geforderte Räumung des Hüttendorfes als nicht politisch motiviert hinzustellen.
Aber so schnell lassen wir uns nicht kleinkriegen!
Wenn Ihr uns helfen wollt, dann schafft Öffentlichkeit für uns, erzählt Leuten vom Hüttendorf und der geplanten A20 (es gibt sicher immer noch viel zu wenig Leute, die überhaupt etwas darüber wissen),macht Aktionen, laßt Euch was einfallen oder besser noch: Kommt vorbei (und wenn es draußen zu kalt wird, ist bestimmt in der einenBauwägin oder dem anderen Hütte Platz!) - vor allem am 16.September, denn da wollen wir um 11h in Anklam eine Großdemo machen und hinterher soll im Hüttendorf Konzert sein (Hilfe,wir haben immer noch keine Zusage- wenn eine/r Leute weiß, die bei uns spielen wollen, meldet Euch bei uns!)
Also dann, mit kämpferischen Grüßen
DAS HÜTTENDORF

— Demo ist in Anklam,11h am Bahnhofsvorplatz



Hallo!

Wir schicken euch den Aufruf zu einer geplanten antirassistischen, bundesweiten Demo in Kassel. Ausgangspunkt für die Überlegungen zu einer solchen Demo war ein bundesweites Treffen antirassistischer Gruppen im Frühjahr dieses Jahres. Die Demo soll im Zusammenhang stehen mit bundesweiten Aktionen verschiedener Gruppen gegen Abschiebungen und Abschiebeknäste in diesem Jahr.

Unser Terminvorschlag ist Samstag, der 25. 11. '95. Da wir in Kassel aber nur wenige sind brauchen wir für eine solche Demo bundesweite Unterstützung. Das bedeutet unter anderem:

- Redebeiträge aus anderen Städten

- bundesweite Mobilisierung

- viele Ideen, die eine Demo bunt, laut und lebendig machen

Wir hoffen auf baldige Rückmeldungen eurerseits.

Am Sonntag, den 8.10.95 findet in Kassel, in der Bazille, Sickingenstr.10, 34117 Kassel, Telenr.: 0561/18529, FaxNr.: 0561/713458 ein bundesweites Vorbereitungstreffen statt.

Beginnen soll das Ganze um 13.00 Uhr und ab 12.00 Uhr wird es Frühstück geben.

Bei Rückfragen wendet euch an die obengenannte Adresse.

Bis dann, die Kassler Vorbereitungsgruppe.

Aufruf für eine bundesweite Antira-Demo in Kassel am 25.11.95 (Entwurf)

Offene Grenzen für alle!
Migration ist ein Menschenrecht!

Weltweit gibt es immer mehr MigrantInnen und Flüchtlinge. Kriege, Bürgerkriege, ökologische Katastrophen, ökonomische Krisen, autoritäre Staatsformen und der Zusammenbruch der politischen und gesellschaftlichen Strukturen in Osteuropa sind einige der Gründe, warum viele Menschen ihre Heimat verlassen. Nur wenige von ihnen kommen nach Europa, davon wiederum nur ein kleiner Teil in die BRD.

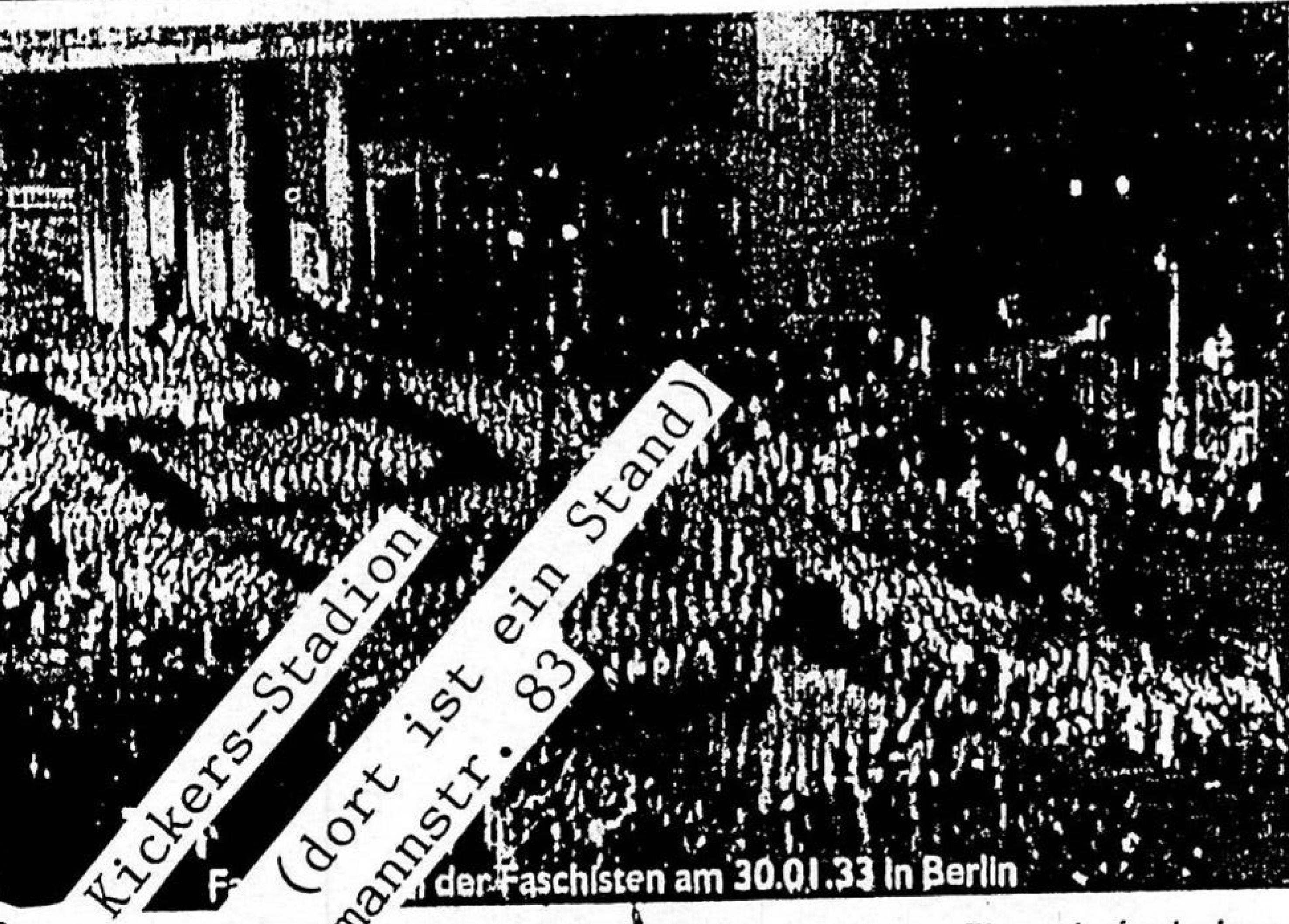
Dennoch wird hierzulande eine Diskussion um die „Flüchtlingsthematik" geführt, die mit einer konstruierten Argumentationskette von „Einwanderungsland oder nicht", „Flüchtlingsaufnahme" und „Das-Boot-Ist-Voll- Rhetorik" suggeriert, daß ein Recht auf Asyl keine politische, sondern eine rational-numerische Frage sei. Dies beinhaltet die Voraussetzung eines rassistischen Konsenses.

GegnerInnen und BefürworterInnen beschäftigen sich nahezu ausschließlich mit dem Problem, wieviele Flüchtlinge die Bundesrepublik aufnehmen kann, soll oder muß. Mittlerweile wurde die Frage durch die PolitikerInnen entschieden. Nach und nach demontiert, wurde das Asylrecht mit dem „Asylkompromiß" vom 1. 7. '93 entsorgt. Gleichzeitig wird vehementer als je zuvor behauptet, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland und solle es auch nicht wer-

Die ungebrochene Tradition brechen !

Mit einem Großen Zapfenstreich will sich das ABC Abwehrbataillon 110 der Bundeswehr am *14. September* von der Stadt Emden "verabschieden".

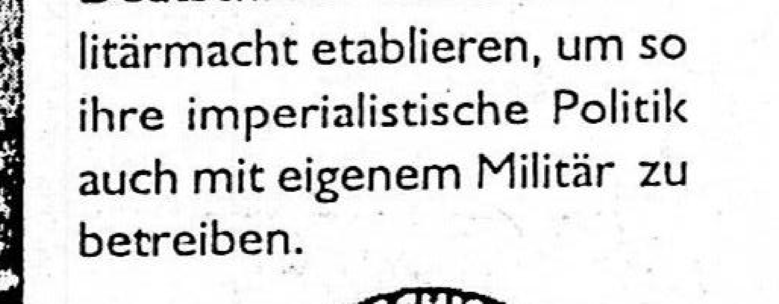
Der Zapfenstreich, der als öffentliches Spektakel mit einem Fackelzug und Marschmusik abgehalten wird, soll den Militarismus in Deutschland wieder gesellschaftsfähig machen und so auch die Akzeptanz der Zivilbevölkerung für Kriegseinsätze deutscher Soldaten vergrößern. Schon in der Kaiserzeit, genauso wie im Dritten Reich erfüllten militaristische Zeremonien diesen Zweck und ebneten den Weg für zwei Weltkriege.



F... der Faschisten am 30.01.33 in Berlin

Fackelmarschmarsch der Bundeswehr in Berlin 1994

50 Jahre nach dem Ende des von Deutschen begonnen.2. Weltkrieges strebt Deutschland wieder eine Vormachtstellung innerhalb Europas an. Durch Kriegseinsätze im Ausland, die, wie zum Beispiel in Somalia, unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe stattfinden und neuerdings durch Tornadoeinsätze im ehemaligen Jugoslawien, will sich Deutschland wieder als Militärmacht etablieren, um so ihre imperialistische Politik auch mit eigenem Militär zu betreiben.



Kampf dem deutschen Faschismus und Militarismus !

den. Nun geht es nur noch um Abwehr und Abschiebung. Ob jemand politisch verfolgt ist, vor Krieg oder Bürgerkrieg flieht, im Heimatland Folter erleidet, Frauen systematisch vergewaltigt werden oder Männer aus mordenden Armeen desertieren; es wird gnadenlos ab- und ausgewiesen, unter Einsatz von Handschellen, Spritzen, Knebeln und Klebeband. Die Rede von „Wellen" und „Dammbrüchen" hat nicht nur in Anschlägen, sondern auch in Normen ihren Ausdruck gefunden.

Die Haltung der maßgeblichen PolitikerInnen und eines großen Teils der Bevölkerung hierzu ist nicht nur einfach als borniert abzutun, sondern sie ist nationalistisch und rassistisch. Die BRD- und EU-Politik ist darauf ausgerichtet, die Außengrenzen zu einem „Bollwerk" auszubauen, um die Ruhe der Privilegierten zu sichern.

Dazu gehören auch die weiteren -von der Öffentlichkeit so gut wie nicht zur Kenntnis genommenen- Angriffe auf die Situation von Flüchtlingen im Schatten des „Asyl-Kompromisses". Als eines der Begleitgesetze hat der Bundestag das sogenannte „Asylbewerberleistungsgesetz" verabschiedet, das eine deutliche Absenkung der bisherigen Leistungen, im Regelfall nun als Sachleistung, vorsieht. Damit werden Flüchtlinge aus der allgemeinen sozialrechtlichen Versorgung ausgegrenzt zum Zwecke der angeblichen Kostenersparnis und der Abschreckung. Diese Regelung hat weitreichende Auswirkungen für alle Flüchtlinge, auf ihre Gesundheit und ihr Leben und führt dazu, daß sie noch mehr als bisher gesellschaftlich isoliert werden. Daß diese Sonderbehandlung auch auf andere Gruppen ausgedehnt werden kann und wird, zeigt die Diskussion um ein „Ausländerleistungsgesetz".

Kassel bildet beim Umgang mit MigrantInnen und Flüchtlingen selbstredend keine Ausnahme. Die Stadt- und Landkreisverwaltung sowie die hier ansässigen Gerichte und Vollzugsanstalten sind wie andernorts Teil der -von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung geduldeten oder befürworteten- Ausgrenzung, Diskriminierung und Abschiebungsmaschinerie. Der Aufstand von Abschiebehäftlingen in der JVA „Elwe" im Juli '94 hat die Verzweiflung der „unerwünschten" Flüchtlinge verdeutlicht.

Am 24. 7. revoltierten 26 Abschiebehäftlinge im Untersuchungs- und Abschiebeknast „Elwe". Sie nahmen einen Schließer als Geisel und forderten ihre Verlegung in eine andere JVA. Am frühen Morgen des nächsten Tages stürmten GSG 9-Beamte das Gefängnis und schlugen den Aufstand nieder. Alle Meuterer wurden anschließend ins Polizeipräsidium und in die JVA Wehlheiden gebracht. Hier wurden die meisten von ihnen erheblich mißhandelt. So mußten sie z.B. durch ein Spalier von 10 - 20 Beamten gehen und wurden während dieses „Gassenlaufs" oder auf dem Weg in ihre Zellen verprügelt. Einige der Mißhandelten trugen dauerhafte Hör- und Sehschäden davon.

Inzwischen wurden gegen sieben der Aufständischen Prozesse vor dem Jugendschöffengericht und der 1. und 6. Strafkammer des Landgerichts Kassel geführt. Ein Prozeß wurde aus Mangel an Beweisen eingestellt, in allen anderen Prozessen wurden Haftstrafen zwischen 1 ½ und 5 ½ Jahren ausgesprochen. In zwei Fällen ging der zuständige Richter weit über das Strafmaß des Staatsanwalts hinaus. Weitere Prozesse werden im September folgen.

Die Prozesse werden von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Die Abschiebehaft und ihre Praxis in Kassel, bis zu 18 Monate Abschiebehaft - statt der in Hessen „rechtlich geforderten" 3 Monate- , 23 Stunden Einschluß am Tag, mangelhafte Verpflegung, Überbelegung der Zellen, fehlende Kontaktmöglichkeiten zu Bekannten und Verwandten, vielfach nicht gewährleisteter Rechtsbeistand, keine Möglichkeit zur Religionsausübung, usw., wurde öffentlich kaum in Frage gestellt, kritisiert oder diskutiert. Die Ermittlungen gegen die mißhandelnden JVA-Beamten wurden von der Staatsanwaltschaft und der JVA-Leitung verschleppt und sind inzwischen in Vergessenheit geraten.

Der Konsens zu schweigen und wegzuschauen ist rassistisch und hat eine lange Tradition in diesem Land. Das Schweigen wollen wir brechen!

Landesamt für Verfassungsschutz

BERLIN

1. LZ 2.2.V.
LZ 123

3 LSA 11

Landesamt für Verfassungsschutz, Auf dem Grat 2, 14195 Berlin

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei
- Außenstelle Referat V A -

Telefax (030) 830 9362
Vermittlung (030) 867 - 1
Intern (95) 42 16

Gesch.-Z. (bei Antwort bitte angeben) | Bearbeiter (in) | Zimmer | Telefon 867 4216 | Datum

II C 11
084-S-220 018/95 VS-NfD

23. August 1995

Der Polizeipräsident in Berlin
- LKA 5 -
Platz der Luftbrücke 6

12101 Berlin

Der Polizeipräsident in Berlin
Landesschutzpolizeiamt
25. AUG. 1995
Anlagen:

TK für
Dir 2
Dir 4
2. BPA

Der Polizeipräsident in Berlin
- LSA - Lagezentrum -
Platz der Luftbrücke 6

12101 Berlin

Betr.: Autonome
hier: Geplante Störungen anläßlich des "Tages der Heimat" am 2./3. September 1995 in Berlin

Die Planungen Berliner Autonomer für Störaktionen gegen den "Tag der Heimat" nehmen konkrete Formen an. Aus zahlreichen Vorbereitungstreffen haben sich folgende Vorhaben herauskristalisiert:

25./26. August — "Entglasung" von Vitrinen, in denen themenbezogene Fotos und Gegenstände ausgestellt sind, im Rathaus Charlottenburg von Berlin

Verkehrsverbindungen:
U-Bahn Oskar-Helene-Heim
Bus Linien 115, 110, 118

Zahlungen bitte bargeldlos an die Landeshauptkasse Berlin
10789 Berlin
Kontonummer 58-100 Postgiroamt Bln BLZ 100 100 10
oder auf das Konto des Landesamtes für Verfassungsschutz
Kontonummer 9980043800 Berliner Bank BLZ 100 200 00

2./3. September — Störung von Gottesdiensten mit Trillerpfeifen und Transparenten, und zwar

- am 2. September, 18.30 Uhr, in der St. Ludwigkirche, Ludwigkirchplatz 10, Berlin-Wilmersdorf,
- am 3. September, 11.00 Uhr in der Kirche "Zum Heilsbronnen", Heilbronner Straße 20, Berlin-Schöneberg

3. September — Kundgebung (akustische Störung) gegen die Veranstaltung des "Bundes der Vertriebenen" (BdV) zum "Tag der Heimat" vor der Sömmeringhalle (Berlin-Charlottenburg)

Äußerungen Autonomer lassen es darüber hinaus nicht ausgeschlossen erscheinen, daß "Aktionen" (Schändungen) gegen in Berlin existierende Denkmäler zu den "verlorenen Ostgebieten" durchgeführt werden können. (Möglicherweise stehen diese Äußerungen im Zusammenhang mit einer für den 2. September (09.30 Uhr) vorgesehenen Kranzniederlegung auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin-Charlottenburg.)

Ein "Antifaschistisches Bündnis", das als Anschrift "LinksTreff Berliner Norden", Weddingstraße 6, Berlin-Wedding (Sitz der Bezirksorganisationen Wedding und Reinickendorf der "Partei des Demokratischen Sozialismus") angibt, sich jedoch tatsächlich im Infoladen "BAOBAB", Winsstraße 53 in Berlin-Prenzlauer Berg, trifft, meldete zwischenzeitlich bei der Polizei eine Kundgebung als "Protest gegen die Durchführung der Feier des BdV" vor der Sömmeringhalle an. Die Veranstalter erwarten 500 Teilnehmer; neben einem Lautsprecher soll auch Bühnenwagen als Rednertribüne eingesetzt werden.

Zur Teilnahme an der Kundgebung haben zahlreiche Zusammenschlüsse, darunter Gruppen der militanten autonomen "Antifa", mit einer mehrseitigen Flugschrift aufgerufen.

Darin heißt es wörtlich:

> **"Spucken wir den 'Vertriebenen' kräftig in die braune Suppe!**
> **Keine öffentlichen Mittel und Räume für Kriegstreiber!**
> **Gegen ein Europa unter deutscher Vorherrschaft!**
> **Für internationale Solidarität statt völkischer Kriegstreiberei!"**

Nach hier vorliegenden Informationen besteht über die Durchführung der genannten "Aktion" unter den beteiligten Gruppen Konsens. Wegen der bei einigen Unterstützergruppen vorhandenen Militanzbereitschaft müssen die angekündigten Vorhaben als realistisch angesehen werden.
Weitere Einzelheiten können sich aus einer für den 25. August 1995 im Bürgersaal des Rathauses Berlin-Charlottenburg vorgesehenen Mobilisierungsveranstaltung ergeben.

Dr. Vermander

Presseerklärung des Bündnisses gegen den "Tag der Heimat"

Berlin, den 3.9. 95

"Tag der Heimat" des BdV- Bundes der Vertriebenen -

Polizei, Staatsschutz und Verfassungsschutz schnüffeln antifaschistische Gegendemonstranten aus

Polizei prügelt in antifaschistische Gegendemonstration. Zahlreiche Festnahmen und Verletzte

Neonazis mobilisierten über "Nationales Infotelefon" zum "Tag der Heimat", zur Unterstützung der Kriegstreiber des BdV und gegen das Antifaschistische Gegenbündnis und waren zahlreich vor der Sömmeringhalle zu sehen

Seit Jahren sind **Neofaschisten** von den Reps, über die **NPD,** die verbotene **FAP** und **NF** bis hin zu den **"Nationalen"**, die als Auffangbecken für verbotene Naziparteien dienen, vom BdV und der Polizei geduldete Gäste beim "Tag der Heimat" in der Charlottenburger Sömmeringhalle und konnten dort ungehindert ihre Hetzpropaganda unters VertriebenenVolk bringen. Auch im Verfassungsschutzbericht fand dies seltsamerweise keine Erwähnung
Auch dieses Jahr mobilisieren die Nazis über das Berliner **"Nationale Infotelefon"** NIT (030/ 8035962) zum "Tag der Heimat". Über dieses "Infotelefon" werden regelmäßig faschistische Aktionen und Ausschreitungen propagiert und organisiert. So zum Beispiel die Aktivitäten zur sogenannten **"Rudolf Heß Gedenkwoche".**
Mitschrift NIT 23.8.95:
"Am 3.9 findet der diesjährige Tag der Heimat... in der Sömmeringhalle statt. Bereits seit Wochen mobilisiert der antifaschistische Pöbel gegen diese Veranstaltung. Deshalb sollten möglichst viele nationale Bürger durch ihre Anwesenheit die Forderungen der Vertriebenen unterstützen."

Auch der Verfassungsschutz teilt die Sorge der Neonazis, daß eine Kundgebung fortschrittlicher antifaschistischer Gruppen , vom ASTA TU und HU, über PDS, VVN, Bund der Antifaschisten und vielen unabhängigen Antifagruppen durch ihren legalen und legitimen Protest, das Treiben der Kriegstreiber vom BdV beeintächtigen könnte, was zugegebener Weise der Zweck der Protestkundgebung am 3.9. vor der Sömmeringhalle war entschiedene Kritik an der Politik der BdVler, die die bestehende Friedensgrenzen des2+4 Vertrages nicht anerkennt.
Die Vorbereitung der antifaschistischenKundgebung wurde vom Verfassungsschutz ausgeforscht, wie entgegendeutscher Gründlichkeit verlorene VS Unterlagen beweisen. Eine Veranstaltung des "Bündniss gegen den Tag der Heimat" zum BdV im Rathaus Charlottenburg, wurde von Polizei und VS überwacht. Angeblich sei dabei geplant gewesen den Schaukasten der "Pommerschen Landsmannschaft" zu zerstören. Stattdessen wurde über die Verstrikkung vorallem von CDU/CSU Politikern in die kriegstreiberischen Machenschaften des BdV berichtet.
Das alte Lied- antifaschistische Arbeit wird kriminalisiert und als gewalttätig diffamiert und die Nazihetze z.B. des NIT kann ungehindert stattfinden.
Der Staatschutz wiederum versuchte schon im Vorfeld die Gegenkundgebung zuverhindern, bzw.von der Sömmeringhalle abzudrängen damit BdV und Neonazis ungehindert tagen können.
Die Kundgebung wurde nur im großen Abstand zur Sömmeringhalle genehmigt, damit die Veranstaltung der "Vertriebenen" nicht beeinträchtigt werden konnte. Wir werten dies als eine unerträgliche Zensurmaßnahme. Die Sömmeringhalle war bürgerkriegsartig abgeschirmt. Zahlreiche Polizeieinsatzfahrzeuge, Wasserwerfer und Räumpanzer sollten die AntifaschistInnen daran hindern an der Protestkundgebung teilzunehen. Trotzdem versammelten sich über 300 Leute.Am Rande unserer Veranstaltung kam es wiederholt zu provokationen von Rechtsextremen, die versuchten, KundgebungsteilnehmerInnen abzulichten und auch vor Handgreiflichkeiten nicht zurückschreckten. Dies nahm die Polizei zum Anlaß, die Demonstration anzugreifen. Dabei wurden bereits mehrere AntifaschistInnen festgenommen.
Trotzdem konnten wir die Kundgebung erfolgreich durchführen. In zahlreichen Redebeiträgen informierten wi.r über die Geschichte des BdV , seine kriegstreiberische Politik und die Verflechtung mit Regierungsparteien, insbesondere der CDU/CSU.
Zum Abschluß der Kundgebung führten wir eine Spontandemonstration zum Richard Wagner Platz durch. Erneut griff die Polizei die Demonstration an und prügelt auf die zumeist jugendlichen TeilnehmerInnen ein. Beim Angriff auf den Lautsprecherwagen wurden Transparente zerissen und 6 Personen willkürlich festgenommen. Die Polizei verwandelte die Demonstation in eine Spießrutenlauf. Nach dem Ende unserer Veranstaltung stürmte ein Greiftrupp der Polizei den Lautsprecherwagen und riß die Besatzung brutal vom Wagen auf die Straße. Vorwand dieses Angriffs war ein angeklebter Bart und eine Pappnase. Einer der Antifaschisten lag blutend auf der Straße und zwei wurden festgenommen.
Fazit:- Jugendliche und Pappnasenträger wurden zu Gewalttätern hochstilisiert, um das riesige Polizeiaufgebot zu rechtfertigen. Wo sich Regierungspolitiker, die Kriegstreiber vom BdV und alte und neue Nazis die Hand geben, da wird das Demonstrationsrecht außer Kraft gesetzt.-

»Solidarität kennt keine Grenzen«

Europäischer Kulturkongreß gegen Massenarbeitslosigkeit und Armut vom 5. – 8. Oktober 1995 in der Hamburger Universität

Was ist Europa? Während deutsche Soldaten zum dritten Male in diesem Jahrhundert gegen »die Serben« in den Krieg ziehen, während deutsche »Führungsbeamte« über mangelnde Effizienz bei der europaweiten Datenerfassung und -übermittlung in Folge des Schengener Abkommens lamentieren, während die offizielle Arbeitslosigkeit immer neue Rekordmarken erklimmt und nahezu alle europäischen Staaten mit Sozialkürzungen, Arbeitszwang und Repression darauf reagieren, während das Armutsgefälle zwischen europäischen Regionen ebenso wächst wie die Gewinne der Großunternehmen und Banken, während die Drohung der Unternehmen, ihre Produktion ins »billige Ausland« zu verlagern, zur multifunktional-nationalistischen Rundumschlag-Keule gegen jeglichen sozialen Widerstand sowohl der Gewerkschaften als auch der Basisinitiativen ausgebaut wird und viele Bewegungen ihre verzweifelten Hoffnungen offenbar an irrationale Ethnisierung und Nationalisierung sozialer Widersprüche knüpfen, gibt es so etwas wie ein »Europa von unten« in zaghaften Ansätzen tatsächlich – kleine Netzwerke des Erfahrungsaustauschs, der Solidarität und praktischen Zusammenarbeit unterhalb und an der europäischen Bürokratie vorbei.

Der Trägerkreis

Eins von ihnen nennt sich »ITACA – für eine Welt ohne Armut und Arbeitslosigkeit«. ITACA ist ein europäisches Netzwerk von nationalen Zusammenschlüssen (BALADRE/Spanien; »Kontaktnetz für aktive Arbeitslose«/Dänemark; BAG-Erwerbslose/Deutschland) sowie einzelnen Arbeitslosen- und sozialen Initiativen verschiedener europäischer Länder. Grundlage für die Arbeit ist eine gemeinsame Plattform, die in fünf Sprachen vorliegt. Auf dieser Grundlage gibt es weitere Kontakte zu Basisinitiativen in vielen anderen Ländern und Städten Europas - unter anderen Polen, Finnland, Engl2and, Irland, Portugal, Frankreich, Norwegen, Holland und Italien.

Ziel von ITACA ist die Organisierung eines internationalen Erfahrungs- und Informationsaustausches, die Fortführung und Ausweitung einer gemeinsamen Diskussion, die Organisierung gegenseitiger Hilfe und die Entwicklung eines gemeinsamen Kampfes für die Umverteilung von Arbeit und Einkommen und eine Welt ohne Arbeitslosigkeit und Armut.

Sowohl BALADRE als auch die BAG-Erwerbslose haben in der Vergangenheit bereits Veranstaltung ähnlicher Art organisiert bzw. mitorganisiert. BALADRE veranstaltete im vorletzten Jahr einen Marsch gegen Armut und Arbeitslosigkeit von Valencia bis Madrid und war im letzten Jahr an den Aktivitäten zum IWF/Weltbank-Gegengipfel beteiligt. Die BAG-Erwerbslose organisierten die bundeseiten Kongresse von Initiativen gegen Armut und Arbeitslosigkeit, die 1982 in Frankfurt/Main und 1988 in Düsseldorf stattfanden. Das »Kontaktnetz für aktive Arbeitslose« ist an den Aktionen zum Weltgipfel für soziale Entwicklung beteiligt, der im März dieses Jahres in Kopenhagen stattfindet.

In Hamburg wird der »Kultur-Kongreß« von der »Erwerbslosenselbsthilfe« (ESH e.V.) durchgeführt. Sie hat ihren Sitz in Dulsberg, ist seit Ende der 80er Jahre als gemeinnützig anerkannt und ist sowohl Mitglieder der BAG-Erwerbslose als auch von ITACA.

Das Ziel des Kultur-Kongresses

Mit dem Kultur-Kongreß soll:

- die Ausweitung und Verbesserung des internationalen Erfahrungsaustausches von Basisinitiativen und Netzwerken aus ganz Europa, die gegen Armut und Arbeitslosigkeit kämpfen, angestrebt werden,
- eine gemeinsame Diskussionskultur entwickelt werden,
- eine gemeinsame Weiterbildung zu den thematischen Schwerpunkten der Veranstaltung initiiert werden,
- die Entwicklung gemeinsamer Forderungen und Gegenstragtegien gegen Ausgrenzung und Armut versucht werden,
- die weitere Vernetzung von ITACA vorangetrieben werden,
- ein europäischer Kulturaustausch organisiert werden
- Spaltungen zwischen unterschiedlichen Kulturen und »armen« und »reichen« Ländern überwunden werden.

Die Struktur des Kultur-Kongresses

Der Kultur-Kongreß soll aus zwei gleichberechtigten Teilen bestehen: dem Konzert- und Kulturteil sowie dem Kongreßteil.

Kultur

Die Kultur hat innerhalb der Initiativen, die mit ITAKA gegen Armut und Arbeitslosigkeit kämpfen, einen besonderen Stellenwert. Kleidung, Sprache und Musik sind wieder verstärkt zum Ausdrucksmittel unterschiedlicher Szenen geworden. Mit Reggea, Punk, Rap und HipHop hat seit einigen Jahren eine Repolitisierung kultureller Ausdrucksmittel besonders armer, arbeitsloser und ausgegrenzter Jugendgruppen stattgefunden. Musik- und Theatergruppen sind Mitglieder der jeweiligen Initiativzusammenschlüsse. Ihre Texte und kulturellen Ausdrucksformen befassen sich mit ihrer sozialen und politischen Realität und beziehen radikal Stellung. BALADRE z.B. ist selbst Verteiler-Organisation von CDs, Kassetten, Videos und anderen Materialien der Musik- und Theatergruppen aus ihrem Umfeld.
Die Kulturveranstaltungen sollen bewußt auch sehr unterschiedliche »Richtungen« kulturellen Ausdrucks miteinander konfrontieren, um Vorurteile und Spaltungen zwischen den verschiedenen »Szenen« zu überwinden und gegenseitige Hilfe und Austausch zu organisieren.

Am Freitag und Samstag soll es je eine kulturelle Veranstaltung mit Theater o.ä. und je ein Abendkonzert mit unterschiedlichen Bands geben; außerdem soll es tagsüber einen »Kulturworkshop« als Möglichkeit des Austauschs für die beteiligten Kulturschaffenden selber geben.

Zusagen gibt es bisher von vier spanischen Bands, den Hamburger Bands »Abwärts« und »Tuten und Blasen« (die auch die geplante Abschluß-Demo begleiten werden), angekündigt sind weitere Bands aus England, Dänemark, Italien, usw.

Kongreß

Den Kongreß soll eine Auftakt- (Donnerstagabend) und Abschlußveranstaltung (Sonntagvormittag) einrahmen, ansonsten soll er Freitag und Samstag in Arbeitsgruppen und Workshops mit je einem Vormittags- und Nachmittagsblock organisiert werden; am Sonntag gibt es eine Abschlußdemo. Geplant sind auch praktische Aktivitäten aus den Arbeitsgruppen heraus.

Die Themen der Arbeitsgruppen sind:

- Feminisierung der Armut (Vorbereitung durch eine Initiative aus Gasteiz)
- »Leben im Stadtteil« (Vorbereitung durch eine Stadtteilinitiative aus Valencia)
- Internationaler Widerstand gegen Sozialkürzungen und Zwangsarbeit (Vorbereitung durch die Arbeitsloseninitiative in Mannheim)
- »Arbeit«: Tariflicher Arbeitsmarkt und nichtexistenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse (Vorbereitung durch Arbeitsloseninitiativen aus Frankfurt, Oldenburg, Berlin und Hamburg)
- Antimilitarismus und Unterdrückung (Vorbereitung durch BALADRE)
- Kulturworkshop

Die Arbeitsgruppen und Workshops sollten nicht größer als 40 Menschen werden, um einen aktiven Austausch zu ermöglichen; ansonsten wollen wir die AG noch einmal teilen. In allen Arbeitsgruppen wird es kurze Thesenpapiere oder Statements als Grundlage der Diskussion geben; es soll aber auch ausreichend Gelegenheit für einen internationalen Erfahrungsaustausch und Diskussion zwischen den TeilnehmerInnen aus den verschiedenen Ländern geben.

Ort, Zeit und Dauer

Veranstaltungsort ist die Universität Hamburg. Für Teilveranstaltungen kommen auch noch andere Räumlichkeiten in Frage. Der Kultur-Kongreß sollte allerdings möglichst an einem Ort stattfinden, um die Organisation zu erleichtern.
Die Veranstaltungen finden vom 5. – 8. 10. 195 statt. Zu dieser Zeit sind Semester- und Schulferien in Hamburg.

Unterstützung

Wer teilnehmen will, eine Sprache dolmetschen kann, Schlafplätze anzubieten hat, mitorganisieren oder sich kulturell aktiv beteiligen will, wendet sich bitte an:

Das Büro
Thadenstr. 118
222767 Hamburg
Tel.: 040/4322124, mittwochs 18 – 20 Uhr
Fax: 040/4395138
E-mail: itaca@cl-hh.comlink.de







An den Polizeipräsidenten

(Kopien des Schreibens gehen an:
die Polizeidirektionen, Abschnitt 62, Interim)

Hallo liebe Bullen!

Ihr seid ja wirklich ganz irre wild hinter unserem Transpi her, auf dem wir vor 1 1/2 Jahren - nachdem Kollegen von Euch in Hannover einen jungen Kurden beim Plakatieren abgeknallt haben - unsere Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf bekundet haben. Umso mehr wird es Euch freuen, daß wir Euch heute hier ein kleines, etwa 6 x 6 cm großes Stück von diesem Tuch zukommen lassen (siehe Anlage!). Wir haben das ohnehin schon stark verblichene Transpi in genau 87 kleine und ein großes Stück zerschnitten. Das große Stück umfaßt fast vollständig den angeblichen ERNK-Stern, den Ihr in der Mitte des Bildes ausgemacht habt, und auf den Ihr ja besonders scharf seid.

Klar, daß wir dieses letzte Stück, quasi als Belohnung für die Fleißarbeit, ans Ende unserer Schnitzeljagd gestellt haben, die wir mit Euch vor haben. Ihr kennt ja wohl die Regeln, oder?! Also: Die Lösung einer bestimmten Aufgabe bringt Euch zu einem Ort, wo Ihr ein Stück des Transparentes findet und die Beschreibung der nächsten Aufgaben, wo dann wiederum... und so weiter und so fort. Ganz am Ende werdet Ihr dann auf das letzte Stück stoßen, auf den Stern, und als weitere Belohnung gibt es dann von Euren Vorgesetzten zwei neue Streifen auf der Uniform. Ein schönes Spiel. gelle?

Na dann wollen wir mal! Hier ist die erste Aufgabe:

Eure Reise beginnt im jüngsten Stadtteil Berlins. Dort gibt es einen Platz, der nach einem russischen Schriftsteller benannt ist, der 1837 in Minsk starb. Dort gibt es eine Bäckerei, die auch einen Firmenwagen hat. Die Buchstaben des Kennzeichens (außer dem B) müßt Ihr Euch merken.
An dem selben Platz hängt (wenn Ihr Euch beeilt) ein Plakat an einer Litfaßsäule, das für einen Jugendclub ganz in der Nähe wirbt. Merkt Euch die letzten 5 Buchstaben, des Namens, der als V.i.S.d.P. angegeben ist. Wenn ihr nun die ganzen Buchstaben die Ihr habt ein bißchen durchrührt, dann bekommt Ihr den Namen einer Schule im südlichsten Bezirk Berlins heraus. Dort auf dem Knabenklo ist in luftiger Höhe irgendwo das zweite Stoffteil versteckt (Ihr werdet es schon finden!). Und dazu gibt es neue Aufgaben, die Euch nach und nach zu den übrigen Puzzlestücken führen werden.

Tja, denn mal schnell los, Jungs. Wir wünschen Euch viel Spaß bei der weiteren Beweissicherung, und hoffen, daß Ihr bei Eurer Suche nicht so wild um Euch prügelt wie neulich in der Kreutziger Straße!

Das Organisationskomitee "Spiel & Spaß für Bullen und andere Schweinehunde", Kreutziger Straße, Friedrichshain

---

Hannover, den 14.08.1995

Presseerklärung:

Am 13.08.95 um 14.00 Uhr fand der erste Antifaschistische Sonntagsspaziergang in Hetendorf gegen das dortige faschistische Zentrum statt, an dem ca. 120 Personen überwiegend aus dem autonomen Spektrum teilnahmen, aber auch unter Beteiligung von interessierten BürgerInnen aus Hermannsburg.
Unsere Präsenz in Hetendorf ist sinnvoll und notwendig, um den Nazis ihre Sicherheit zu nehmen - sie sollen nicht mehr nach Belieben und unbeobachtet schalten und walten können.

Der Spaziergang führte einmal um das Gelände der Faschisten. Direkt vor dem Eingang wurde ein Redebeitrag gehalten, in dem u.a. das Verhalten der politisch und behördlich Verantwortlichen kritisiert wurde. So wurde ein Mitarbeiter des niedersächsischen Innenministeriums zitiert, der folgendes sagte: "Wir wissen um die regionale Verwobenheit rechtslastiger Kreise mit staatlichen Institutionen". Auch die Berichterstattung der örtlichen Presse wurde kritisiert, die sich gegen Veröffentlichungen antifaschistischer Positionen sperrt, aber sich nicht scheute, Vergleiche von öffentlichen Stellen der mittlerweile verbotenen "Wiking-Jugend" mit den Pfadfindern abzudrucken.
Im Verlaufe des Spaziergangs wurde direkt vor dem Nazizentrum mit weißer Farbe die Parole ***Weg mit dem Nazizentrum*** auf die Straße gemalt.

Danach wurde der Spaziergang in Hermannsburg fortgesetzt und endete auf einer Kreuzung. Hier wurden Flugblätter verteilt und eine kurze Kundgebung gehalten.
Diese Kundgebung mitten auf einer Straßenkreuzung, die den Verkehr für kurze Zeit behinderte, war für das nette, saubere Touristenörtchen Hermannsburg sicherlich ein ungewohntes Bild.

Dieser erste Sonntagsspaziergang fand zu Beginn der "Nationalen Aktionswoche" der Faschisten statt, die sie anläßlich des Todestags von Hitlerstellvertreter Rudolf Heß in diesen Tagen durchführen wollen. Bis 1993 haben sie aus diesem Grund jährlich große Aufmärsche in der BRD veranstaltet. Für den Aufmarsch im Jahre 1992 fand in Hetendorf ein "Ordnerlager" mit 25 Nazikadern statt. Geübt wurde dort Formalausbildung, Nahkampf, politische Argumentation, Umgang mit Polizeibeamten. Ziel war die Durchsetzung von Ordneranweisungen und Schutz der Demonstrationsteilnehmer.
Zu der diesjährigen "Nationalen Aktionswoche" wurde über das "Nationale Infotelefon (NIT)" Hamburg der verbotenen "FAP" aufgerufen, ebenso wie vom niederländischen "Wunsiedel-Koordinationsbüro/Die Nationalen" und den "Deutschen Nationalisten" aus Bayern über die rechte "Thule-Mailbox".
Die verschiedenen NIT's, Mailboxen, Verlage, Zeitungen etc. sind ebenso wie das "Heidcheim" wichtig für die Infrastruktur der Faschisten. Innerhalb dieses Netzes nimmt das "Heideheim" eine besondere Stellung ein, ist es doch von überregionaler Bedeutung. Faschisten aus der gesamten Bundesrepublik wie auch aus dem europäischen Ausland nutzen es für ihre Zwecke.

Initiative gegen Hetendorf 13
c/o Infoladen, Kornstraße 28/30
30167 Hannover
Fax-Nr.: 0511 / 1616711

2. Antifaschistischer Sonntagsspaziergang in Hetendorf:

am 01. Oktober 1995

Treffen um 14.00 Uhr in Bonstorf (Ortsmitte)

SCHLUSS MIT DEN NAZITREFFEN!

GEGEN DAS FASCHISTISCHE ZENTRUM IN HETENDORF VORGEHEN!

TermineTermineTermTermineTermineTermineTermineTermineTermineTermineTermineTermine

EINHEITZFEIER 3.10.1995 VORMERKEN !

Republikaner Nr. 7-8. 1995, 12. Jahrgang

Aufruf des Zentralrates der vertriebenen Deutschen zur Großdemonstration in Berlin am 3.Oktober 1995

Die Vertriebenen haben keine Lobby, die sich für die Belange der Schlesier, Pommern, Ostpreußen und Sudetendeutschen einsetzt. Sobald nur jemand unsere Meinung in dieser Sache öffentlich kundtut, wird er von den Massenmedien als Rechtsextremist oder Revanchist apostrophiert. Wir müssen uns daher den Weg in die Medien erkämpfen, indem wir am 3. Oktober in Berlin machtvoll auf die Straße gehen. Wir müssen das Monopol der Meinungsmache der Medien unterbrechen! Sollte es uns gelingen, 100.000 Menschen auf die Straße zu bringen, gehen wir durch das Brandenburger Tor zur Siegessäule, wo eine Abschlußkundgebung stattfindet.

Die Demonstration findet statt am DIENSTAG, den 3. Oktober 1995, BERLIN-Alexanderplatz, 10.00.

Der Zentralrat der vertriebenen Deutschen

Teilnahmeerklärung absenden an:
Georg Paletta, Am Einsiedel 34, 91785 Pleinfeld/Bayern

Vormerken: 3. Oktober 1995 Demonstration heimatvertriebener Deutscher in Berlin, Alexanderplatz, Info, Anmeldung: Georg Paletta, Am Einsiedel 34, 91785 Pleinfeld.

NATION UND EUROPA 9'95




Den Knoten zwischen Konservatismus und Faschismus zerschlagen! *Gegen das Studienzentrum Weikersheim vorgehen!*
Antifaschistische Demonstration, So. 24.9.95, 12 h, Bhf. Weikersheim (bei Bad Mergentheim /BaWü)
Mobilisierungsveranstaltung mit Vortrag, Di. 12.9.95, 20 h, KATO (Schles. Tor). *FARA*

Fernsehen filmt Ausbruch

Mit Bulldozer spektakulär Häftlinge befreit



DIESER BULLDOZER riß die Gefängnismauer ein. Foto: dpa

KOPENHAGEN (dpa/AP) Zwölf Häftlinge sind am Sonntag aus einer Haftanstalt bei Kopenhagen ausgebrochen, nachdem ein Bulldozer ein Loch in die Gefängnismauer gerammt hatte. Drei der Ausbrecher konnten umgehend wieder in Gewahrsam genommen werden, nach den anderen wird noch gefahndet. Der spektakuläre Ausbruch ist bis ins letzte Detail vorbereitet gewesen; selbst Oberkommissar Jörn Bro konnte den Hintermännern seinen Respekt nicht versagen: „Ein Coup im besten Stil der Olsen-Bande." Bei seinem Hinweis auf die in Dänemark populäre Film-Ganoventruppe mit originellen Ein- und vor allem Ausbruchsideen dürfte Bro nicht zuletzt an die Dreistigkeit der Ausbruchsplaner gedacht haben. Sie ließen nicht nur am hellichten Tag einen Bulldozer gegen die acht Meter hohe Gefängnismauer fahren, sondern bestellten auch noch das Fernsehen dazu. Die kleine Privatstation Next Stop filmte und fotografierte, wie durch Staubschwaden nach dem Mauereinsturz zwölf Häftlinge ins Freie kamen und sich davonmachten.

Das Studienzentrum Weikersheim
Zwischen Nationalkonservatismus und Faschismus
ANTIFASCHISTISCHE AKTION

```
16.9.95 11 Uhr: DEMONSTRATION am Europaplatz in Karlsruhe
Keine Räumung von besetzten Häusern, Zentren und Plätzen
(wegen Räumungsdrohung der besetzten Häuser in der Stephanienstr.)
anschließend Hoffest und Tanz in der Haifischbar, Stefanienstr. 60-64
```

Eine Veranstaltungsreihe im Vorfeld der Wahlen zu stadtpolitischen Themen – aus der Sicht von außerparlamentarischen Linken:

Wir wählen den Widerstand!

Wir wollen darstellen, an welchen stadtpolitischen Themen außerparlamentarische Linke arbeiten, wie sie Widerstand leisten und wo sie Perspektiven sehen. Wir erhoffen uns auf den Veranstaltungen eine Diskussion , bei der nach Ansatzpunkten für eine gemeinsame Praxis gesucht wird.

Analysen, Aktivitäten, Perspektiven

Do. 21.9.95, 20.00 Aus dem Weg hier kommt die Marktwirtschaft! Veranstaltung zur Sozialpolitik in Berlin.

TeilnehmerInnen: VertreterIn der Initiative gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, Bernd Gehrke vom Bündnis kritischer GewerkschafterInnen, VertreterIn von "Der Umzug platzt" (DUP), Michael Eggert vom Spontanzusammenschluß Mobilität für Behinderte, VertreterIn von "Wir bleiben Alle" (WBA) Prenzlauer Berg

Do. 28.9.95, 20.00 Die Regierung kommt – die Polizeihauptstadt auch? Veranstaltung gegen Vertreibung und staatliche Repression in Berlin.

TeilnehmerInnen: VertreterInnen vom Anti–Repressionsbüro Berlin, Reistrommel e.V. , Carsten Dannel – BürgerInnen beobachten die Polizei/ JungdemokratInnen–Junge Linke, Redaktion Motz (angefragt), Betroffenengruppe Prenzlauer Berg (angefragt)

Fr. 6.10.95, 20.00 Lärm, Gestank, Beton – Berliner Umwelt in der Zange von Investoren und Hauptstadtplanung. Veranstaltung zur Umweltpolitik in Berlin

TeilnehmerInnen: Anti Tunnel GMBH (angefragt), Vertreter von "Aktiv gegen Strahlung e.V.", BI Westtangente (angefragt), BI Stadtring Süd (angefragt), Arbeitskreis Großflughafen (angefragt)

Do. 12.10.95, 20.00 Einladung zu einem Ratschlag der außerparlamentarischen Opposition

TeilnehmerInnen: VertreterInnen aus allen Themengebieten

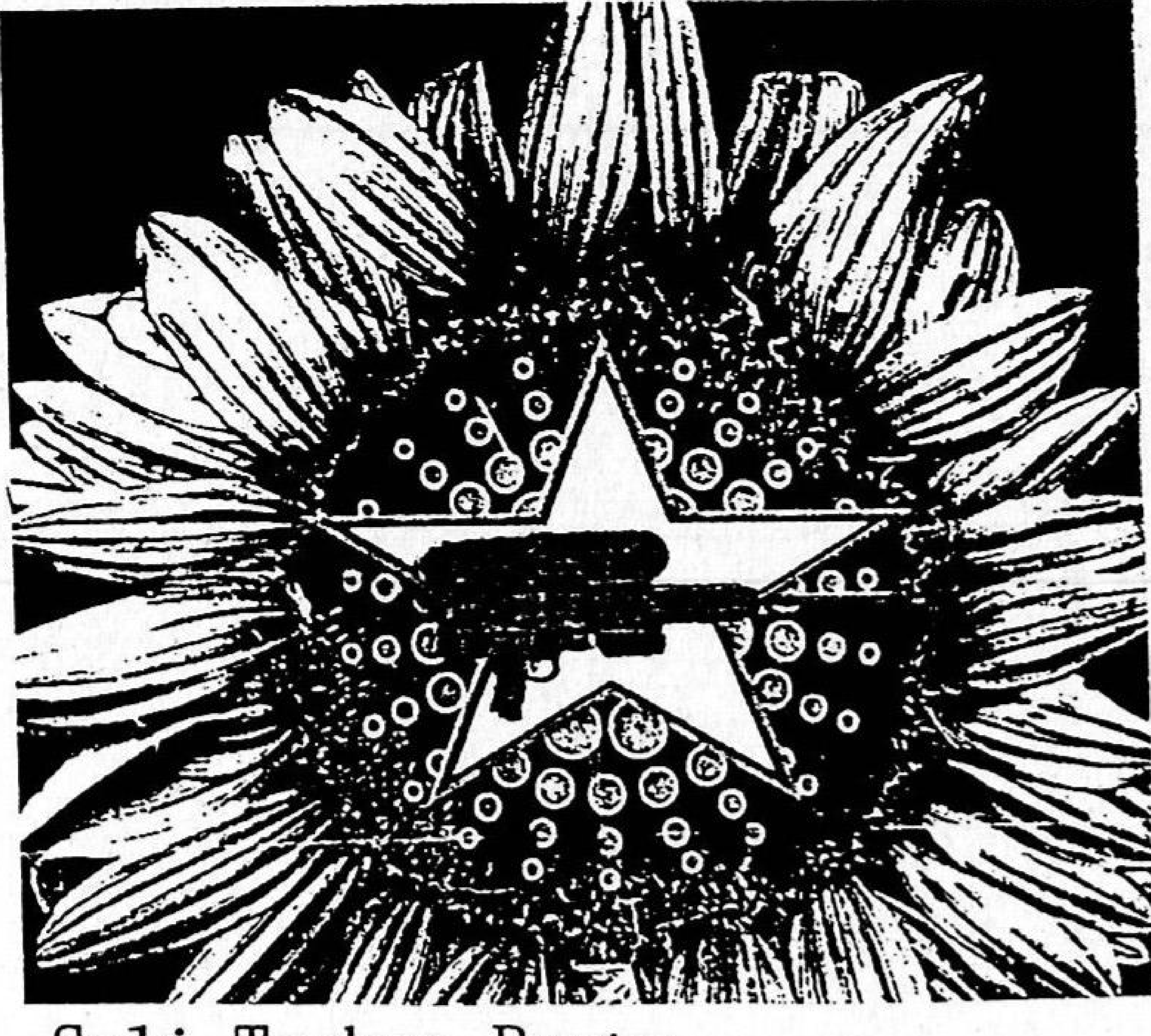
Alle Veranstaltungen im Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, U – Bhf. Französische Straße

VeranstalterInnen: Alternative Linke (ALi), Alternative Jugend Berlin (AJB)
UnterstützerInnen: ASTA FU, Baobab–Infoladen, Bündnis kritischer GewerkschafterInnen, ReferentInnenrat der Humboldt–Universität, Initiative Vereinigte Linke





mit Sektbar, guten Getränken und Musik für jeden Geschmack!



Soli-Techno-Party
Sa. 16.9. ab 23 Uhr
Dance Hall, Köpenickerstr. 137



Fr. 15.9. um 19 Uhr
Helferinnentreffen zur Lesbenwoche 95
im R. u. T., Schillerpromenade 1

Mo. 18.9. "Noche Latina" und FILM: Die Pentagon Republik" USA 85/86
im K.O.B.

Do. 21.9. FILM: Kurdistan, der Krieg geht weiter. BRD 91
und "Leyla Zana" BRD 94
im K.O.B.

16.9.-30.9. Fotoausstellung zu Kurdistan
im K.O.B., Potsdamerstr. 157



Riesenauswahl an Coctails

lateinamerikanische Musik + Filme

K.O.B.
Potsdamerstr. 157
U-2 Bülowstr.
U-1 Kurfürstenstr.
Tel. 2152060

TOMMY WEISSBECKER HAUS

Wilhelmstraße 9
10963 Berlin
Tel / Fax 030-2518539
U Hallesches Tor

Solidaritäts + Infoveranstaltung
zu BENJAMIN RAMOS VEGA
Do. 21.Sept. 19 Uhr
aktueller Film über Benjamin
Beiträge+aktuelle Infos zu
Benjamins Situation
KEINE AUSLIEFERUNG VON BENJAMIN
AN DEN SPANISCHEN FOLTERSTAAT
FREIHEIT FÜR BENJAMIN

Einsendeschluß ist Montag. Heute hatten wir mindestens drei Briefe von euch



Aufstand an der Basis

Das libertäre Element in Chiapas

Videocollage und Vortrag

Immer mehr setzen sich in Chiapas die autoritären Strukturen von Organisationen und DelegiertInnen durch. Traditionell existiert hier jedoch eine libertäre, baisorientierte Lebens- und Arbeitsgemeinschaft die nunmehr durch die NAFTA und den mexikanischen Neoliberalismus mit Waffen und Geldgewalt zerstört werden soll.
Wo liegen die Chancen für selbstbestimmte Ansätze und wie ist die europäische Verbrauchergemeinschaft direkt mit der Geld- und Waffengewalt verbunden.

Freitag, 15.09. um 19.00

Anarchismus in Mexiko

Zustand und Perspektiven
Vortrag, Diskussion

AktivistInnen die schon jahrelang in Mexiko tätig sind berichten über die anarchistischen Ansätze, die sozialen und politischen Rahmenbdingungen der Gegenwart und den zapatistischen Aufstand in Mexiko.
Mexiko als Billigentlohnungsland für die USA und den Weltmarkt. Die Auswirkungen der NAFTA und die bittere Armut und Entrechtung der Bevölkerung im Süden von Mexiko sind einige Punkte, die die gewaltsame Erhebung in Chiapa als mehr als gerechtfertigt machen.

Samstag, 16.09. um 19.00

Via Zapata

Spielfilm über das Leben und dem Mythos des Revolutionärs Zapata
Videofilm auf Großleinwand

Mexiko 1910. Unter dem Diktator Diaz sind die sozialen Spannungen unerträglich geworden. Die Masse der Bevölkerung lebt im Elend. Schließ-lich erheben sich die ausgebeuteten Bauern unter ihrem Anführer Emiliano Zapata gegen den Diktator und stürzen ihn.

Sonntag, 17.09. um 19.00

Alle Veranstaltungen:

El Locco,
Kreuzbergstr. 43,
10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.



Fr. 22.9. ab 21 Uhr
Punk'n'Roll-Wave-Schlager-Soli-Disco
für Werner, Rainer, Andreas, Ralf und Ulf
im K.O.B., Potsdamerstr. 157



Ausgebeutet ?

- "Vielleicht das konkret der 90er? meinte ein Bekannter. Er lag falsch. Was "Die "Beute"" werden könnte, wäre eine Art Neuauflage des konformistischen Kursbuches." Junge Welt vom 22.3. 1994
- "Dieser Sound des Beflissenen wäre nicht einmal unsympathisch, dröhnte nicht allenthalben so ein leicht religiöses Eifern durch, ein krampfiger Sinnelan." Thomas Groß in der taz vom 12. 3. 1994
- " Wer sich neue Töne und Ideen erwartet hat, der wird vom Vorwort der "Beute"-Erstlingsnummer erstmal mild enttäuscht (...)Auch versteht man sich als "Zeitschrift für radikale linke Kritik", die theoretische Reflexion und politische Aktivität zu vermitteln sucht." Gegen derlei Absichtserklärungen läßt sich wenig sagen, wohl aber gegen den obsolet selbstgewissen und hübsch verquasten Ton, in dem sie vorgetragen werden." W. Höbel, Süddeutsche Zeit. 21.3.1994

Die Gründung einer Zeitschrift namens "Die "Beute"" kommt zu einem Zeitpunkt wo offenkundig ist, daß sich das asbach-uralt-linke Intelligenzblatt Konkret nicht mehr aus seinen realsozialistisch fundierten Stereotypen und Schablonen wird lösen können. So ist die "Beute" ein Forum für eine neue, zuweilen schreibwütige 80er-Jahre Generation linker Intelligenzler die sich ihren auf Sozialhilfesatz entlohnten Platz auf einen zunehmend kleiner werdenden Konsumentenmarkt suchen.
Die "Beute" bemüht sich in ihrer Konzeption darum den Anschein zu erwecken, als würde sie sich wie eine Spinne im Netz verschiedener Subszenen, darunter auch das was von ihnen als "Autonome" verstanden wird, zu bewegen. Das ist eigentlich schon prekär genug, aber immerhin auch ein Ausdruck davon, daß das was die "Autonomen" in den 80er Jahren einmal waren, zumindestens eines erreicht hat: Sie haben in der Publizistik ein neues Label als Marktsegment eröffnet, eine im florierenden Metropolenkapitalismus völlig normale Innovation", nicht mehr. Das Titelcover mit dem programmatischen Untertitel eine Zeitschrift für "Politik und Verbrechen" sein zu wollen, soll dabei wahrscheinlich gefährlich klingen. Ob sich denn bisher überhaupt "Politik" oder wenigstens ein bißchen "Verbrechen" in dieser Zeitschrift ereignet hat ?
Eine flüchtige Durchsicht der bisher vorliegenden "Beute"-Ausgaben zeigt uns zunächst einmal, daß natürlich nicht alles Müll ist was dort so geschrieben steht. Immer mal wieder läßt sich in der ein oder anderen Ausgabe eine journalistisch-feuellitonistische Perle finden. Doch kann dieser Sachverhalt nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Zeitschrift bislang weder ein in sich stimmiges Konzept, geschweige denn eine eigenständige politisch-bissige Idee besitzt. Da wechselt sich an Themen so alles im Geratewohl munter wie beliebig ab; da weiß das in aller Regel so borniert wie selbstgefällig daher kommende Editorial nicht, was auf den folgenden 100 Seiten noch folgt, geschweige denn warum. Es steht zu vermuten, daß die schlichte Nachfrage nach dem politischen Anliegen der "Beute" seitens der Blattmacherinnen nur als eine unerträgliche Provokation empfunden werden kann.

Den Gesetzen des Marktes folgend, gehört es zur Grundkonzeption dieser Zeitschrift, daß darin keine Genossen/innen sondern "Autoren" schreiben, die nach Möglichkeit schon einen "Namen" (wie z.B. W. Droste) haben oder sich mit dieser Zeitschrift einen machen wollen. Immerhin haben sich ja auch schon zwei "Beute"-"Autoren" in die Spalten des völkischen SPIEGEL plazieren können. Das Unangenehme, ja geradezu skandalöse an der "Beute"-Praxis besteht im wesentlichen darin, daß sich unter ausdrücklicher Bezugnahme auch auf die autonome Scene eine demonstrative Form der konkurrenz-kapitalistischen Vergesellschaftung vollzieht. Die dabei vorausgesetzte mühsame solidarisch-politische Assoziation von Anderen ist darin für einige "Beute"-"Autoren" ganz sicher nur eine bloße Ressource des eigenen privaten, auch materiell interessierten Renomee- und Platzvorteils. Die kontinuierlich im redaktionellen Umfeld der "Beute" betriebene Pose eines aufdringlich klappernden Solidaritätsressourcenmanagements ist dafür ein beredter Ausdruck: "Linksradikalität" antäuschen, um dann doch nur Marktradikalität zu praktizieren.
Die in einigen "Beute"-Texten vorgenommene Kritik an dem PC-Gebaren von "Anderen" speist sich dabei immer nur aus der schlichten Perspektive, selber die PC-Punkte verteilen zu wollen. Eine klägliche Politik des "nun wirklich Hip-Seins" und "Recht-haben" wollens, in der auch der geschäftstüchtige Opportunismus seinen ihm angemessenen Platz hat. Und in diese Konzeption gehört die zuweilen aufdringliche Selbstgewißheit, vor allem "Anderen" etwas vorzuwerfen, was sich einem selbst noch nicht einmal als zu reflektierende Frage stellt.
Nachdem schon der inhaltliche Schwerpunkt der Frühjahr-95 Ausgabe "Autonomie und Bewegung" mit beliebig zusammengeramschten Texten konzeptionell völlig in der Luft hing, wurde auch noch in der nachfolgenden Sommer-Ausgabe ein nun wirklich von Kenntnis ungetrübtes, gehässiges Vorwort über den Verlauf des Autonomie-Kongresses nachgeschoben. Wovon man nicht sprechen kann, davon soll man lieber schweigen. Wenn sich aber Ahnungs- und Prinzipienlosigkeit selbst auch noch als politische Position feiert, dann stellt sich das tatsächlich als ein Verbrechen dar; und daß nicht nur an einem Maßstab intellektueller Redlichkeit und Vernunft, sondern auch am einem Milieu, mit dem man öffentlich kokettiert, und dessen Strukturen man zugleich kalt auszubeuten beabsichtigt. Ein Mythos ist es zu glauben, daß der Räuber so dumm sei, sich an den Mächtigen zu vergreifen. Gemein und voller Heimtücke schnappt er sich seine "Beute" allemal lieber von den Beherrschten, denn dort ist sie bekanntlich erheblich billiger zu haben.
Vielleicht kann es dieser Zeitschrift in absehbarer Zukunft doch gelingen, besser zu werden als ihr fragwürdiger Titel. Bislang jedenfalls besitzt die "Beute" esoterisch gesprochen - "wirklich keinen guten Geist". Sie ist ja noch nicht einmal interim, nur ephemer.

Timur und sein Trupp



Malefiz

ein Spiel für jung und alt

„So sing doch, Vogel, sing,
daß Gorleben lebt,
daß dort der Totengräber
seine eigne Grube gräbt!"

Der Refrain von Walter Mossmanns bekanntem „Gorleben-Lied" aus den 70er Jahren ist heute aktueller denn je:
Die Endlagergruben werden von Tag zu Tag tiefer. Gleichzeitig beweisen immer mehr kritische Wissenschaftler, daß der Gorlebener Salzstock vollkommen ungeeignet ist für die Lagerung von Atommüll.
Wir wollen ein bißchen nachhelfen, dann fällt der Totengräber schließlich selbst hinein.
Und Gorleben lebt! Der Anti-Atom-Widerstand hat in den letzten Monaten nicht nur an Kraft gewonnen, es ist auch wieder der Kampf der breiten Bevölkerung für das Leben.
Für unsere Lebensfreude singen viele KünstlerInnen auf dem **Benefiz**-Festival Ende August.

Einen Monat später halten wir die Zeit für gekommen, mit Euch/Ihnen **Malefiz** zu spielen. Diese Aktion gestalten wir rund um das Endlager, das sich schon viel zu lange im Schatten der CASTOR-Auseinandersetzungen weiter in die Erde gefressen hat.
Malefiz ist voller Überraschungen. Nach einer kleinen Kundgebung eröffnen wir unter dem Motto



**Der Salzstock ist im Eimer —
die Atomkraft ist im Eimer!**

am 24. 9. um 7 vor 12 h

den Parcours:

Es geht rund — ums Endlager!

■ Endlagerbergwerk
Der Salzstock Gorleben, wo im Jahr 2008 ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll eröffnet werden soll, ist nach weitverbreiteter GeologInnen-Meinung für ein solches vollkommen ungeeignet. Trotzdem wird eifrig weitergebuddelt und das Salz hinter dem Bergwerksgelände aufgehaldet (täglich 400 Tonnen). Bis September soll eine Tiefe von 820 m erreicht sein und dann mit dem Bau eines Verbindungsstollens zwischen den beiden Schächten begonnen werden. Die Bundesregierung scheint nach einigen Schwankungen wieder voll hinter dem Projekt zu stehen. So will sie den Eigner der Salzrechte, den Atomkraftgegner Graf Bernstorff, enteignen lassen.

Bringt unbedingt etliche Kilo Salz mit, auch viel Farbe, Eimer, Wäscheleinen und was frau/man noch so braucht. Ganz toll wär's, wenn wieder viele Musikanten aufspielen: **Gorleben lebt!**
Treffpunkt ist wieder das Trafohäuschen.

Republik freies Wendland